



Wortprotokoll der 81. Sitzung

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Berlin, den 10. September 2024, 08:00 Uhr
Paul-Löbe-Haus - Sitzungssaal 4.300

Vorsitz: Kai Gehring, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1

Seite 3

Gespräch mit

Frau Bundesministerin Stark-Watzinger, MdB

**zu hausinternen Prüfaufträgen zu
Fördermittelstreichungen infolge eines Offenen
Briefs**

Selbstbefassung 20(18)SB-93

Berichterstatter/in:

Abg. Oliver Kaczmarek [SPD]
Abg. Thomas Jarzombek [CDU/CSU]
Abg. Dr. Anja Reinalter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Dr. Stephan Seiter [FDP]
Abg. Nicole Höchst [AfD]
Abg. Nicole Gohlke [Die Linke]
Abg. Ali Al-Dailami [BSW]



Anwesende Mitglieder des Ausschusses

Fraktion/Gruppe	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Kaczmarek, Oliver Mann, Holger Rabanus, Martin Rhie, Ye-One Rosenthal, Jessica Stüwe, Ruppert Völlers, Marja-Liisa Wagner, Dr. Carolin	Blankenburg, Jakob Döring, Felix
CDU/CSU	Albani, Stephan Altenkamp, Norbert Maria Connemann, Gitta Gräßle, Dr. Ingeborg Grütters, Monika Jarzombek, Thomas Ludwig, Daniela Rohwer, Lars Staffler, Katrin Wellenreuther, Ingo	Schön, Nadine
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Christmann, Dr. Anna Gehring, Kai Kraft, Laura Krumwiede-Steiner, Dr. Franziska Reinalter, Dr. Anja Schönberger, Marlene	
FDP	Boginski, Friedhelm Funke-Kaiser, Maximilian Grünke, Julian Schröder, Ria Seiter, Dr. Stephan	
AfD	Höchst, Nicole Kaufmann, Dr. Michael Münz, Volker	Benkstein, Barbara
Die Linke	Bünger, Clara	
BSW		



Tagesordnungspunkt 1

Gespräch mit

Frau Bundesministerin Stark-Watzinger, MdB

zu hausinternen Prüfaufträgen zu Fördermittelstreichungen infolge eines Offenen Briefs

Selbstbefassung 20(18)SB-93

Der Vorsitzende **Kai Gehring**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie alle sehr herzlich zur 81. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung im Deutschen Bundestag, wie immer öffentlich und heute zu einer Sondersitzung. Bevor wir zu unserem einzigen Tagesordnungspunkt kommen, möchte ich zwei neue ordentliche Mitglieder im Ausschuss begrüßen: den Kollegen Julian Grünke in der FDP-Fraktion, neu für den Kollegen Peter Heidt, der den Ausschuss verlassen hat. In der AfD-Fraktion hat Marc Jongen uns Richtung Europaparlament verlassen, Volker Münz ist für ihn neu im Ausschuss. Willkommen und auf eine gute Zusammenarbeit.

Damit kommen wir zum eigentlichen Tagesordnungspunkt. Zur Rahmen- und zur Vorgeschichte folgende Vorbemerkung: Als Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung haben wir bereits in unserer 78. öffentlichen Sitzung am 26. Juni ein Gespräch mit der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Frau Bettina Stark-Watzinger, geführt, zur Versetzung von Staatssekretärin Frau Professor Dr. Sabine Döring in den einstweiligen Ruhestand und dem damit zusammenhängenden Sachverhalt. Anlass des Gesprächs war eine ministeriumsinterne Prüfung infolge eines offenen Briefs von vorwiegend Berliner Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, in dem diese ihre Unterstützung für ein pro-palästinensisches Protestcamp auf dem Campus der Freien Universität Berlin, das am 7. Mai polizeilich geräumt wurde, zum Ausdruck gebracht haben. Am 31. Juli hat die CDU/CSU-Fraktion zu hausinternen Prüfaufträgen zu Fördermittelstreichungen infolge eines offenen Briefs diese Sondersitzung für heute beantragt. Diesem Wunsch und damit einem

parlamentarisches Minderheitsrecht habe ich noch am selben Tag entsprochen. In ihrem Schreiben am 17. August sagte Frau Ministerin ihre alleinige Teilnahme zu und lehnte zugleich die Einladung der Staatssekretärin a.D. und des Ministerialdirektors im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Herrn Dr. Zachgo, ab.

Am 30. August kamen die Obleute in einer Sondersitzung gemäß dem Mehrheitsprinzip überein, dass die Staatssekretärin a.D. nicht zur heutigen Sondersitzung eingeladen wird. Dafür sind vor allem zwei Gründe maßgeblich. Erstens zeigt der Blick in die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages und ferner in unsere ausschussinterne Vereinbarung, dass wir als Fachausschuss nicht dieselben Befugnisse haben wie ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss. Als Vorsitzender ist es mein Job, die Umsetzung unserer eigenen Regeln sicherzustellen. Wer als Auskunftsperson eingeladen wird, obliegt nicht dem Vorsitzenden und es gibt keine Verpflichtung der Obleute, eine bestimmte Person auf Wunsch einer Minderheit, sei sie qualifiziert oder unqualifiziert, einzuladen. Zweitens ist die sehr weitreichende beamtenrechtliche Verschwiegenheitspflicht nach § 67 Abs. 1 Bundesbeamtengesetz hoch relevant. Beamtinnen und Beamte dürfen demnach auch nach Beendigung ihrer Amtszeit über Angelegenheiten, die der Verschwiegenheitspflicht unterliegen, ohne Genehmigung weder vor Gericht noch außergerichtlich aussagen. Die Ministerin, die als letzte Dienstvorgesetzte zur Aussagegenehmigung berechtigt ist, hat in ihrem Schreiben vom 14. August klargestellt, Frau Professor Dr. Döring nicht von ihrer Verschwiegenheitspflicht zu entbinden. Eine Verpflichtung der Bundesregierung, eine Aussagegenehmigung zu erteilen, besteht vorliegend, anders als bei Untersuchungsausschüssen, nicht. Weder wir als Fachausschuss noch ich als Vorsitzender können uns über das Beamtenrecht hinwegsetzen und die Verschwiegenheitspflicht aufheben. Ich bitte, alle digitalen Endgeräte auszustellen und weise auf die Öffentlichkeit der Sitzung hin. Frau Staatssekretärin a.D. dürfte sich in unserem Ausschuss zu den streitgegenständlichen Abläufen, zu allen im unmittelbaren Zusammenhang mit der dienstlichen Tätigkeit



oder sonst im Rahmen des Dienstes erworbenen Kenntnisse nicht äußern. Frau Staatssekretärin a.D. hat sich gegen die ihr aufgelegte Verschwiegenheitspflicht im Wege des einstweiligen Rechtsschutzes gewandt. Das Verwaltungsgericht Minden hat ihren Eilantrag am 6. September abgelehnt. Im Falle einer Einladung in unsere heutige Sitzung wäre Frau Döring also weder fähig noch befugt zur Sachaufklärung beizutragen, weil sie sich zu dienstlichen Vorgängen nicht äußern dürfte. Gleichwohl begrüße ich Frau Döring auf der Besuchertribüne und wünsche Ihnen persönlich alles Gute.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hatte im Vorfeld der Sondersitzung die Übermittlung der nach ihrer Einschätzung streitrelevanten Unterlagen zugesagt und dies veranlasst. Die Unterlagen wurden den Ausschussmitgliedern übersandt. Sie werden gleich Grundlage der Berichterstattendenrunden sein. Frau Bundesministerin steht heute dankenswerterweise für ein weiteres Gespräch im Ausschuss zur Verfügung und wird erneut Rede und Antwort stehen. Aufgrund der Vorgaben des Plenums wird das Gespräch um 9.45 Uhr beendet sein müssen. Die Obleute haben beschlossen, dass Frau Ministerin die Gelegenheit zu einer kurzen einleitenden Stellungnahme erhält. Die Fragen der Fraktionen und Gruppen in Länge von drei beziehungsweise anderthalb Minuten werden gesammelt beantwortet. Frau Bundesministerin, Sie haben das Wort.

BM'in Bettina Stark-Watzinger (BMBF): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Besucherinnen und Besucher. Sehr geehrter Herr Kollege Gehring, ich bin Ihrer Einladung gerne gefolgt, denn sie gibt mir die Möglichkeit, noch einmal einige Dinge klarzustellen. Über die Abläufe im Ministerium haben wir umfassend Transparenz hergestellt. Wir haben dies mehrfach in unterschiedlichen Zusammenhängen getan. Ich habe persönlich in öffentlicher Ausschusssitzung, in einer Regierungsbefragung im Deutschen Bundestag und in der Bundespressekonferenz Stellung genommen. Ich habe den in meinem Ministerium aufgearbeiteten Sachverhalt wiederholt dargestellt, so wie er sich zugetragen hat. Wir haben parlamentarische und

Presseanfragen beantwortet, Anträge nach dem Informationsfreiheitsgesetz. Wir haben, wie Ihnen der Ausschussvorsitzende schon gesagt hat, den Mitgliedern des Ausschusses zudem auch die veröffentlichten Informationen zu diesem Vorgang gebündelt zur Verfügung gestellt. Wir haben direkt nach Bekanntwerden des Vorgangs von Anfang an gezeigt, dass wir es mit der Aufklärung ernst nehmen. Zwischenzeitlich wurde sehr viel gemutmaßt und es gab Unterstellungen. Zudem gab es verschiedene Versuche, Spekulationen und Erzählungen aus der Faktenlage abzuleiten. Das hat nichts mit der inhaltlichen Frage zu tun, denn die Fakten sind auf dem Tisch und die Aufklärung hat in meinem Ministerium stattgefunden. Entsprechend stelle ich mich heute gerne zum wiederholten Mal Ihren Fragen, um all jene Unterstellungen und unbelegten Falschinformationen zurückzuweisen, die in den vergangenen Wochen von interessierten Kreisen verbreitet wurden.

Worum ging es? Ich erinnere noch einmal daran. Erstens: Am 13. Mai 2024 hat Staatssekretärin a.D. Professor Dr. Sabine Döring telefonisch eine breite juristische Prüfung eines offenen Briefes zu Vorfällen an der Freien Universität Berlin beauftragt. Dieser Auftrag wurde von der zuständigen Fachabteilung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung so verstanden, dass sowohl eine rechtliche Prüfung als auch eine Prüfung möglicher förderrechtlicher Konsequenzen durchgeführt werden sollte. Darauf hat Professor Dr. Döring in ihrer E-Mail am 14. Juni 2024 an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesministeriums für Bildung und Forschung hingewiesen. Sie hat zudem erklärt, dass die Prüfung möglicher förderrechtlicher Konsequenzen von ihr nicht beabsichtigt gewesen sei.

Zweitens: Am 17. Mai 2024 wurde auf Vorschlag von Staatssekretärin a.D. Professor Dr. Döring und mit meiner Kenntnis eine rechtliche Einordnung, *nicht* eine Prüfung förderrechtlicher Konsequenzen, der Inhalte des offenen Briefes beauftragt. Dieser Auftrag floss auf der Fachebene in die bereits in der Erstellung befindliche Vorlage für Staatssekretärin a.D. Professor Dr. Sabine Döring ein. Die erbetene rechtliche Einordnung ergab von Beginn an, dass sich der Inhalt des



offenen Briefes im grundrechtlich geschützten Bereich der Meinungsfreiheit bewegt. Ich sage auch an dieser Stelle noch einmal, dass das Bundesministerium für Bildung und Forschung und ich unabhängig davon die Inhalte des offenen Briefes mit Blick auf die schwierige Situation von Jüdinnen und Juden in Deutschland und auch an den Hochschulen unverändert kritisch sehen.

Drittens: Die Pressestelle des Bundesministeriums für Bildung und Forschung hat am 10. Mai 2024 eine Sprachregelung für Presseanfragen zu einem Zitat zum offenen Brief von Hochschullehrenden an der Freien Universität Berlin mit dem zuständigen Fachreferat abgestimmt und bei diesem Fachreferat in Vorbereitung der Regierungspressekonferenz am 13. Mai 2024 eine Reaktivsprache zu dem Umstand erbeten, dass einige der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert werden. Eine Übersicht von Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern des offenen Briefes, die zugleich vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert werden, war weder vom Pressereferat erbeten oder beauftragt noch an dieses übermittelt worden. Um auf mögliche Nachfragen vorzubereiten, hat davon unabhängig der Leiter der zuständigen Fachabteilung 4 am 10. Mai 2024 innerhalb seiner Abteilung um eine Übersicht gebeten, wer von den Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern des offenen Briefes durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wird. Diese Übersicht verblieb allein beim zuständigen Bearbeiter. Sie wurde also weder mir noch der Pressestelle oder gar externen Dritten übermittelt. Um es noch einmal ausdrücklich festzuhalten: Beide Aufträge vom 10. Mai 2024 waren nicht von mir beauftragt und ergingen ohne meine Kenntnis. Und um auch noch ein zweites festzuhalten: Das ist ein völlig normaler Vorgang in der Ministerialverwaltung und nicht kritikwürdig an den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Dieser Vorgang hat mit dem später am Morgen des 13. Mai 2024 für einige Stunden missverständlich erteilten und am Nachmittag ruhend gestellten Prüfauftrag nichts zu tun, weder personell noch inhaltlich.

Ich halte fest, dass eine potenzielle förderrechtliche Prüfung weder von mir beauftragt noch von mir gewollt war. Das ist die belegte

Faktenlage. Zweite wichtige Feststellung: Die entsprechende Prüfung ging auf einen offenbar missverständlich erteilten Prüfauftrag zurück. Sie wurde bereits am Tag der Veranlassung wieder gestoppt. Diesen Sachverhalt habe ich mehrfach transparent und ausführlich dargelegt.

Auf die Gefahr hin, mich zu wiederholen: Dies ist der Sachverhalt. Diesen haben wir aufgeklärt. Und über die Beweggründe einiger politischer Akteure, das Thema immer wieder mit neuen Behauptungen auf der Agenda zu halten, mag jeder selbst urteilen. Verstehen Sie mich bitte nicht falsch: Es gibt aus vielen guten Gründen parlamentarische Auskunftsrechte. Es ist nicht nur ein gutes Recht, dass das Parlament davon Gebrauch macht. Es ist ein essenzielles Recht in unserer Demokratie. Daher stehe ich Ihnen als Ministerin selbstverständlich Rede und Antwort zu den Fragen in dem Zusammenhang stehenden Vorgang.

Noch einmal: Es gibt nichts Neues in der Sache. Während wir uns heute Vormittag erneut in die feingliedrigen Verästelungen eines bereits aufgeklärten Sachverhalts begeben, dreht sich die Welt um uns herum weiter. Es gibt dringende Probleme, deren Lösung den Menschen am Herzen liegt. Es geht derzeit um sehr viel. Antisemitismus bricht sich wieder Bahn. Jüdinnen und Juden in unserem Land haben Angst. Jüdische Studentinnen und Studenten trauen sich nicht mehr an die Hochschulen. Das dürfen wir alle nicht zulassen. Kritik an Israel zu äußern, ist eine Sache. Aber bei den pro-palästinensischen Protesten an Hochschulen sind klar Grenzen überschritten worden. Wir alle, nicht nur die Betroffenen, sind aufgefordert, das nicht hinzunehmen. Es ist unsere Aufgabe als Gesellschaft, jeder und jedes Einzelnen, die Stimme gegen Israel- und Judenhass zu erheben. Natürlich sind Hochschulen Orte freier Debatten, freien Denkens und freier Diskurse. Dazu mag auch der Streit gehören, aber in der Sache und nicht gegen Personen. Das bedeutet friedlicher Austausch mit Argumenten, aber niemals schreiend, drohend oder mit Terrorsymbolen einschüchternd. Genau dafür werde ich mich weiterhin einsetzen als Ministerin, aber auch als Bürgerin. Denn wir leben in einem freien Land und genau deshalb haben wir alle die Verantwortung, auch zu handeln. Und



schließlich: Die Wissenschaftsfreiheit ist ein extrem hohes Gut. Sie darf niemals in Zweifel gezogen werden. Der tägliche Kampf um die größtmögliche Wissenschaftsfreiheit wird nicht allein in Parlamenten und vor Gerichten geführt. Vielmehr muss sie in jede Richtung verteidigt werden, denn unsere Forscherinnen und Forscher garantieren uns Fortschritt und Wissen. Deshalb möchte ich an dieser Stelle noch einmal unterstreichen, dass wir die Fördermittel des Bundesministeriums für Bildung und Forschung nach wissenschaftlicher Exzellenz vergeben, nicht nach politischer Weltanschauung. Das ist ein Kernprinzip von Wissenschaftsfreiheit. Hierzu stehe ich als Ministerin und das gesamte Bundesministerium für Bildung und Forschung. Und ich tue das in jede Richtung, denn auch das ist in der Debatte der letzten Monate für mich deutlich geworden. Egal von welcher Seite, oft hört die Toleranz dann auf, wenn das Gegenüber eine andere Meinung hat. Ich stelle noch einmal klar, dass eines für mich und das gesamte Bundesministerium für Bildung und Forschung selbstverständlich ist: Forschung und Lehre sind gemäß Artikel 5 Satz 3 des Grundgesetzes frei. Dieses Selbstverständnis stand und steht zu keinem Zeitpunkt in Frage.

Als Ministerin habe ich einen Auftrag und diesen nehme ich sehr ernst, nämlich beste Rahmenbedingungen für Bildung und Forschung in Deutschland. Diese haben für mich und unser Haus höchste Priorität. Wie soll das für die Forschung gelingen? Indem wir die wissenschaftliche Expertise eng einbinden. Noch nie wurde die zentrale Forschungs- und Innovationsstrategie der Bundesregierung so eng durch hochrangige externe Fachexpertise aus der Wissenschaft begleitet wie jetzt. Indem wir beste Rahmenbedingungen für die Forschung in Deutschland schaffen. Genau deshalb arbeiten wir intensiv am Referentenentwurf für ein Forschungsdatengesetz. Es schafft neue Möglichkeiten der Vernetzung, Analyse und Weiterentwicklung von Daten. Indem wir mit den Wissenschaftsorganisationen über Bürokratieabbau und Technologieoffenheit im Austausch stehen. Damit eben nicht überbordende Bürokratie und ideologische Scheuklappen unsere Wissenschaft hemmen. Und indem wir der Wissenschaft und den Innovatoren vertrauen. Genau deshalb haben wir die Agentur für

Sprunginnovation SPRIND mit dem SPRIND-Freiheitsgesetz von bürokratischen Fesseln befreit. Und genau deshalb wird die Deutsche Agentur für Transfer und Innovation politikfern und unbürokratisch aufgestellt. Wir wollen diese neuen Chancen im Wissenschaftssystem eröffnen, weil wir den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern vertrauen. Auch die Zeitenwende macht nicht Halt vor der Wissenschaft. Im Gegenteil, sie ist ganz besonders gefordert und deshalb unsere Agenda für die Forschungssicherheit. Sie bietet nicht nur Orientierung und Leitlinien, sie schafft auch Synergien und Chancen in unserer herausfordernden Zeit. Wir wollen sie zusammen mit der Wissenschaft entwickeln. Dieser Exkurs war mir wichtig, denn er belegt, dass wir im Bundesministerium für Bildung und Forschung alle um das hohe Gut der Wissenschaft, welches wir in Deutschland haben, wissen. Wir setzen unsere ganze Kraft daran, es weiter zu stärken. Deswegen bitte ich, dass wir für einen kurzen Moment miteinander ehrlich sind. Ich verstehe, dass der in Rede stehende Vorgang Fragen aufgeworfen hat und deshalb war es richtig, diesen zügig zu klären. Auch wenn es angesichts der Unterstellungen und zum Teil Falschdarstellungen in den vergangenen Wochen nicht leichtfällt, möchte ich die Hoffnung auf ein faires und anständiges Miteinander nicht aufgeben. Denn das ist der Größe der Aufgabe angemessen. Ich werde hierzu meinen Beitrag leisten, indem ich nun Ihre inhaltlichen Fragen gerne beantworte.

Der **Vorsitzende**: Danke, Frau Ministerin. Wir kommen jetzt zur Berichterstattendenrunde, die ich mit Oliver Kaczmarek für die SPD-Fraktion eröffne.

Abg. **Oliver Kaczmarek** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Frau Ministerin, ich würde auch gerne über diese ganzen Themen sprechen. Wir haben uns in der Koalition viel vorgenommen, was wir wissenschaftspolitisch noch umsetzen wollen. Ich wünsche mir, dass wir den Fokus so schnell wie möglich wieder darauf richten können. Ich will aber auch mit Blick auf die Eingangsworte des Vorsitzenden und den Anlass, zu dem wir uns heute zusammengetroffen haben, noch einmal sagen, dass wir uns auf das konzentrieren müssen, was tatsächlich hier zur



Diskussion steht. Man hat den Eindruck gehabt, dass es eher darum geht, wer heute eingeladen wird, welches Urteil wo getroffen wird, in welcher Reihenfolge die Wortmeldungen drangenommen werden. Es geht in Wahrheit um die Frage, warum es im Bildungs- und Forschungsministerium des Bundes eine rechtliche Überprüfung von Meinungsbeiträgen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die ja Landesbedienstete sind, gab. Gibt es so etwas öfter? Werden solche Beiträge öfter überprüft? Wird die Meinung von anderen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern überprüft? Hat das Methode, welche Konsequenzen waren angedacht und von wem wurden die angedacht? Es wird von der engsten Führung gesprochen. Das sind die Dinge, die öffentlich im Raum stehen. Ich wünsche mir, dass wir heute den Punkt erreichen, dass das ausgeräumt wird und wir uns auf die anderen Themen konzentrieren können. Denn es gibt immer eine Abwägung zu treffen. Datenschutz spielt, wie viele andere Dinge mehr, eine Rolle bei den Unterlagen, die uns bereitgestellt worden sind. Aber die Abwägung hat auch dazu geführt, dass der politische Schaden sich eher vergrößert hat, als er kleiner geworden ist. Deswegen möchten wir dazu beitragen, dass heute kein weiterer Raum für Spekulationen eröffnet wird, sondern dass wir dazu kommen, über die wesentlichen Punkte zu sprechen. Uns ist wichtig: Die Wissenschaftsfreiheit ist für uns eine so wichtige Bedingung für gelungene Wissenschaftspolitik, dass wir klarstellen müssen, dass es keine politische Einflussnahme auf Förderentscheidungen von wem auch immer gibt. Sie haben das gerade auch als Ihre Haltung dargestellt. Das begrüßen wir sehr. Ich glaube, dass wir auch als Koalition klarstellen, das weiter so zu handhaben. Und dass wir das zumindest für meine Partei zur Bedingung für zukünftige Koalitionen machen werden, durch Fixierung in Koalitionsverträgen oder an anderer Stelle.

Ich möchte Ihnen drei Fragen stellen. Erstens: Die rechtliche Überprüfung von Meinungsbeiträgen sehe ich kritisch. Deswegen möchte ich Sie fragen, welche Konsequenzen Sie im Haus angedacht hatten, wenn es einen positiven Bescheid gegeben hätte. Dienstrechtliche hätten es nicht sein können. Welche, wenn nicht förderrechtliche Konsequenzen, hätten es sein können, wenn es

eine positive Prüfung gegeben hätte? Zweitens: Welche Vorkehrungen treffen Sie im Haus, um Wiederholungen dieser Art und auch nur den Anschein allein zu vermeiden? Es geht bei den Vorwürfen – und das sind nicht meine, aber ich lese ja Zeitungen – nicht darum, dass der Anschein ist, das ganze Haus sei dieser Praxis gefolgt, sondern die Vorwürfe richten sich an eine enge Führungsgruppe des Hauses. Deswegen die dritte Frage: Im Vergleich zur letzten Sitzung hat es Berichterstattung gegeben über interne Kommunikation, auch über ein bestimmtes System, wo Sie sich entschieden haben, diese dem Ausschuss nicht zur Verfügung zu stellen. Warum? Können Sie die Darstellungen, die unter anderem im Spiegel zu lesen waren, als unwahr zurückweisen?

Der **Vorsitzende**: Wir kommen jetzt zur CDU/CSU-Fraktion mit Thomas Jarzombek.

Abg. **Thomas Jarzombek** (CDU/CSU): Frau Ministerin, vielen Dank, dass Sie sich heute Morgen die Zeit für uns nehmen. Sie haben in Ihrem Eingangsstatement viele Dinge gesagt, die leider mit diesem Aufklärungsthema wenig zu tun haben. Deshalb möchte ich den Blick auf die eigentliche Frage richten. Die eigentliche Frage ist, dass eine Liste von zu sanktionierenden oder möglicherweise zu sanktionierenden Wissenschaftlern erstellt wurde. Und der Ursprung ist, jenseits von dem, was Sie hier beschrieben haben, schon am 10.05. gewesen, um 11.41 Uhr. Das geht aus Ihren Unterlagen hervor. Dort hat der Abteilungsleiter 4 für eine Überprüfung, wen der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner direkt oder indirekt gefördert werden, mit Wiedervorlage bis Montag Dienstschluss eine Liste angefordert. Das war drei Tage, bevor Frau Döring überhaupt wieder ins Amt zurückgekommen ist. Zwei Tage später, am 12.05., hat das Referat geantwortet, auf zurechtweisende Schlussfolgerungen solle verzichtet werden.

Am 13.05. um 9.30 Uhr hat der Abteilungsleiter 4 erneut eingefordert, dass diese Liste der Prüfung förderrechtlicher Konsequenzen zu erfolgen hat. Sie haben uns auf unsere parlamentarische Anfrage geschrieben, dass wegen auftretender Zweifel des Abteilungsleiters 4 die zu diesem Zeitpunkt noch nicht erfolgte Prüfung möglicher förderrechtlicher Konsequenzen am Nachmittag



des gleichen Tags ruhend gestellt und seitdem nicht weiterverfolgt wurde.

Am 14.05. um 19.21 Uhr schreibt der Projektträger allerdings, es gäbe großes Unwohlsein unter Kollegen, Namen in Listen zu markieren. Also einen Tag, nachdem laut Ihrer Antwort auf unsere parlamentarische Frage das Vorhaben ruhend gestellt gewesen sei. Weiter geht es am 15.05. um 6.28 Uhr. Da schreibt, wenn wir das richtig rekonstruiert haben, der Referatsleiter 426: Ich finde diese Haltung schwierig, um es vorsichtig zu sagen. Daraufhin wurde ein weiteres Gespräch zwischen Projektträger und Referatsleiter verabredet und noch am 15.05. nachmittags um 14.24 Uhr wird diese Liste der missliebigen Wissenschaftler übersendet. Das ist die Sache, um die es geht. Es geht nicht um ein Telefonat von Frau Döring, es geht nicht um Ihre Pressestelle und es geht auch nicht um die ganze Breite der Wissenschaftspolitik. Offenkundig sind Vorgänge hier nicht veraktet. Das finde ich extrem problematisch. Deshalb möchte ich von Ihnen wissen, was vor und nach exakt dem Geschehen passiert ist. Ganz konkret: was an Kommunikation mit dem Abteilungsleiter 4 erfolgt ist, möglicherweise auch durch Ihren Abteilungsleiter Herrn Hasler, den Sie dankenswerterweise heute mitgebracht haben, und der sich dazu gut äußern kann. Was ist nach dem 15.05. mit dieser Liste passiert? Denn das vom Abteilungsleiter 4 angeforderte Dokument wird der Referatsleiter nicht ohne weitere Rücksprache einfach für sich selbst abgelegt haben. Das möchten wir gerne konkret wissen.

Der Vorsitzende: Ich rufe für Bündnis 90/Die Grünen Laura Kraft auf.

Abg. Laura Kraft (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich glaube es ist gut, dass wir diese Sitzung haben und dass Sie so offen und bereitwillig noch einmal dazu beitragen wollen, noch verbliebene Fragen aufzuklären. Allein der Eindruck, der durch diese ganze Gemengelage entstanden ist, dass Wissenschaftsfreiheit, beziehungsweise Förderung, auch an politische Gesinnung geknüpft sein könnten, hat für einen gewissen Vertrauensverlust gesorgt. Und deswegen ist unabdingbar, dass das noch einmal nachdrücklich ausgeräumt wird. Sie haben gesagt, dass Sie dafür Schritte eingeleitet haben, auch als Sie uns für

Fragen vor der Sommerpause im Ausschuss zur Verfügung standen. Ich glaube, das ist sehr wichtig. Deswegen meine konkrete Frage: Welche Schritte haben Sie auch über die Sommerpause eingeleitet, um das Vertrauen in der Wissenschaftscommunity wieder aufzubauen, noch einmal Irritationen auszuräumen, für vertrauensbildende Maßnahmen zu sorgen und Transparenz herzustellen? Denn das war das, was Sie auch in mehreren Pressestatements angekündigt hatten. Ich finde dies unabdingbar. Uns als Bündnis 90/Die Grünen ist es wichtig, noch einmal zu betonen, dass die Wissenschaftsfreiheit, wie sie im Grundgesetz verbrieft ist, auch in dieser Koalition jederzeit gegeben und ein sehr, sehr hohes Gut ist. Deswegen wäre es von unserer Seite noch einmal nachdrücklich wichtig zu hören, welche Schritte Sie konkret eingeleitet und schon umgesetzt haben. Danke.

Der Vorsitzende: Für die FDP-Fraktion Dr. Stephan Seiter.

Abg. Prof. Dr. Stephan Seiter (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, auch von unserer Fraktion aus. Vielen Dank an Sie, Frau Ministerin, dass Sie heute dem Ausschuss zur Verfügung stehen, auf Wunsch der Opposition hin. Wir danken Ihnen auch für das Statement und für die nochmalige Klarstellung der Abläufe im Ministerium im Rahmen dieses Vorganges in der Folge des Briefs, der von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Universitäten hier in Berlin getätigt wurde. Sie haben gesagt, dass es eine rechtliche Prüfung des Briefes gab. Diese rechtliche Prüfung wird von uns begrüßt, weil auch in unseren Hochschulen der Rechtsstaat gelten muss. Das heißt, dass die Wissenschaftsfreiheit für uns – ich gehe davon aus, dass das für jeden hier im Raum gilt – ein hohes Gut ist. Aber wenn an Hochschulen entsprechende Handlungen passieren, müssen diese überprüft werden und ein Ministerium entsprechend sprechfähig sein, falls die rechtliche Prüfung positiv ausfällt, wenn auch nicht unbedingt selbst, aber vielleicht in Abstimmung mit den Landesbehörden. Ich möchte an dieser Stelle anmerken, dass wir uns darüber im Klaren sein müssen, dass diese Diskussion in großem Maße auf Spekulationen und Unterstellungen basiert und dass es letztendlich darum geht, wo



der Ursprung war. Es geht darum, die rechtsstaatliche Ordnung an den Hochschulen aufrecht zu erhalten. Wir denken, dass es natürlich auch einem Ministerium möglich sein muss, entsprechend Dinge zu prüfen.

Wir sehen auch die Abläufe, die Sie geschildert haben, das Missverständnis, und wir alle wissen: Wenn Telefonate erfolgen, dann können Missverständnisse in der Interpretation entstehen. Es gibt das Sender-Empfänger-Thema, es wurde letztendlich ausgeräumt und es sind keine Konsequenzen entstanden. Ich denke, das ist ein wichtiger Punkt, der festzuhalten ist: Es sind daraus keine Konsequenzen im Hinblick auf die Förderung von Projekten entstanden, weil diese Prüfung ruhiggestellt worden ist. Diese Akribie, die jetzt teilweise von der größten Fraktion vorgebracht wird – wenn Sie mir diese persönliche Anmerkung erlauben – hätte ich mir bei vielen anderen Themen ehrlich gesagt auch gewünscht. Und ich hoffe, dass wir insgesamt hier im Ausschuss schnell wieder zu den Herausforderungen kommen. Es geht um den Haushalt, es geht um das Thema Antisemitismus und es geht auch darum, dass wir letztendlich wieder die Herausforderungen lösen, vor denen unser Wissenschaftssystem steht. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Für die AfD-Fraktion, Nicole Höchst.

Abg. **Nicole Höchst** (AfD): Vielen Dank, Frau Ministerin, werte Kollegen. Wir haben jetzt hier viel in Ihrer Eingangsrede von dem Bemühen um Transparenz gehört von Ihnen. Das ist sehr zu begrüßen. Ich finde es auch gut, dass Sie heute noch einmal unseren Fragen zur Verfügung stehen. Entschuldigen Sie bitte die Nachfrage, aber Sie können als Ministerin Ihre ehemalige Staatssekretärin von der dienstlichen Schweigepflicht entbinden. Das können Sie und das Verwaltungsgericht. Das haben Sie aber nicht getan. Sie haben sich entschlossen, das nicht zu tun. Und Frau Ministerin, ich sage Ihnen das ganz deutlich, das birgt ein Geschmäcke. Ich bin selbst Beamtin außer Dienst und kenne aus meiner Dienstzeit das Prinzip Ober sticht Unter. Das heißt also, Sie hätten womöglich der allgemeinen Lage hier dienen können, indem Sie, Untersuchungsausschuss oder nicht, rechtliche Möglichkeiten in diesem Ausschuss oder nicht, da zur Aufklärung weiter beigetragen hätten. Ich

möchte meinen weiteren Ausführungen kurz ein Zitat von Karl Lagerfeld voranstellen, der 2017 zitiert wurde mit: „Wir können nicht ... Millionen Juden töten und Millionen ihrer schlimmsten Feinde ins Land holen.“ Und wir müssen konstatieren oder etwas freier sagen: Wir können nicht Juden- und Israel-Hasser an Universitäten kultivieren und fördern, wenn wir die deutsch-israelische Freundschaft als Staatsräson ernst meinen. Ich denke, das trifft den Kern Ihres Dilemmas. Zumal Frau Hanna Esther Feiler von einer jüdischen Studierendenvereinigung in einer Expertenanhörung hier im Ausschuss zum Thema Antisemitismus damals gesagt hat, dass die größte Judenfeindlichkeit an Universitäten und den Allgemeinen Studierendenausschüssen verortet ist und sie verortete dies in einem linken, progressiven und antirassistischen Milieu. Und ich hoffe, wir sind uns hier in diesem Ausschuss einig, dass das für Juden und Jüdinnen ein Riesenproblem ist und deswegen frage ich Sie: Was möchten Sie kurz-, mittel- und langfristig unternehmen, um aus diesem Dilemma herauszukommen? Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Wir kommen zur Gruppe Die Linke. Für Nicole Gohlke hat heute Clara Bünger eingewechselt.

Abg. **Clara Bünger** (Die Linke): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank, Frau Ministerin, dass Sie heute hier zur Verfügung stehen. Ich habe Ihrem Eingangsstatement zugehört und Sie hatten die Wissenschaftsfreiheit hochgehalten und Sie sprechen von Transparenz. Das ist aus unserer Sicht auch sehr wichtig, aber es wäre im Sinne der Transparenz und der Wissenschaftsfreiheit wichtig gewesen, heute hier Frau Döring zu hören. Das möchten wir an der Stelle noch einmal festhalten und zum Sachverhalt haben wir folgende Fragen. Wir haben gerade eine ARD-Tagesschau-Meldung bekommen, die sagt, Frau Staatssekretärin Döring erhofft sich nun Klarheit über den Prüfauftrag. Ich zitiere: „Nachdem die Wissenschaft ohnehin nicht glaubt, dass ich eine förderrechtliche Prüfung beantragt hätte, das Verwaltungsgericht Minden nun bescheinigt, dass das BMBF deutlich gemacht habe, dass ich es nicht war, hoffe ich, dass wir heute erfahren, wer es war.“ Das steht ganz klar im Widerspruch zu dem, was Frau Döring wochenlang wie ein Fels behauptet hat, dass sie es war und wie ein Fels



eben in der Brandung für Sie einstand. Wie können Sie sich das erklären, wie können Sie sich diesen Vorgang erklären und können Sie uns dann sagen, wer es war?

Der **Vorsitzende**: Vor der Beantwortung möchte ich zur Kenntnis noch einmal darauf hinweisen, dass ein Vertreter des Bündnisses Sarah Wagenknecht erneut und wiederholt nicht an der Sitzung teilnimmt. Jetzt Frau Ministerin gerne zur Beantwortung.

BM'in Bettina Stark-Watzinger (BMBF): Ganz herzlichen Dank für Ihre Fragen, die ja noch einmal verschiedene Themenfelder adressieren. Ich fange gerne mit Ihrer Frage an, Herr Kollege Kaczmarek. Sie haben eingangs in Ihrem Statement gefragt, ob es so etwas noch weiter gab. Nein! Es war ein Missverständnis im Sinne eines missverständlichen Auftrags, der erteilt wurde. So etwas passiert bei uns im Haus nicht. Ich habe schon gesagt, dass bei uns nach wissenschaftlicher Expertise gearbeitet wird und nach nichts anderem. Sie haben auch noch einmal die Frage der Kommunikation angesprochen. Ich möchte hier noch einmal klarstellen, dass all die relevanten Vorgänge – und wir haben in den letzten Wochen wirklich viele IFG-Anfragen beantwortet und die relevanten Vorgänge offengelegt – und alles, was eine Relevanz hat, veraktet wird. Aber auch Amtsträger haben das Recht auf eine politische-persönliche Kommunikation und diese politische-persönliche Kommunikation ist etwas anderes als das, was Entscheidungs- und Aktenrelevanz hat. Das möchte ich nochmal klarstellen.

Es wurde auch gefragt, was seither passiert ist. Was wird gemacht? Zum einen ist es sehr wichtig, unmissverständlich klarzustellen, dass förderrechtliche Konsequenzen für lediglich kritische Meinungsäußerungen nicht in Frage kommen und bei uns auch nicht ausgeübt werden. Das weiß jeder im Bundesministerium für Bildung und Forschung. Mitarbeiter und die gesamte Leitung sind angesichts dieser Debatte noch einmal sensibler geworden. Wir haben Mechanismen in unserem Haus, die funktionieren. Wir haben es offengelegt, der Prüfauftrag ist noch am selben Tag ruhendgestellt worden.

Herr Jarzombek, Sie haben in Ihrer Frage, wie

schon in Ihrer kleinen Anfrage, wieder Vorgänge miteinander vermischt. Sie haben den Vorgang, dass in der Fachabteilung über das Fachreferat eine Übersicht erstellt wurde, in den Kontext des missverständlichen Prüfauftrages gestellt und das stimmt nicht. Das haben Sie miteinander gemacht. Ich verweise noch einmal auf mein Eingangsstatement, in dem ich ganz klar gesagt habe, dass diese Übersicht eben nicht im Zusammenhang mit dem später ergangenen Prüfauftrag erstellt wurde, sondern rein dafür da war, innerhalb der Abteilung einen Informationsstand zu haben. Sie wurde auch an kein Pressereferat gegeben und sie wurde von keinem Pressereferat beauftragt. Das vermischen Sie. Deswegen ist auch die Frage, die Sie stellen, hinfällig, weil die Zusammenhänge so nicht sind. Ich habe die Zusammenhänge dargestellt.

Liebe Kollegin Kraft, Sie haben in Richtung dessen gefragt, was der Kollege Kaczmarek gefragt hat. Noch einmal: Es geht wirklich darum zu zeigen, was passiert ist, was die Aktenlage ist und was die Vorgänge waren. Was heißt das im täglichen Arbeiten? Deswegen habe ich noch einmal gesagt, was uns im Ministerium so wichtig ist: dieses konsequente Arbeiten mit der Wissenschaft zusammen. Und im Vertrauen mit der Wissenschaft die großen Herausforderungen, die vor uns liegen, im persönlichen Dialog zu besprechen. Das tun wir jeden Tag. Und zwar die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, alle mit großem Herzblut und großer Motivation.

Frau Höchst, Sie haben noch einmal nach der Verschwiegenheitspflicht gefragt. Die Verschwiegenheitspflicht ist ein konstituierendes Element des Beamtentums. Es ist ein Grundsatz des Berufsbeamtentums und es hat verschiedene Gründe, warum es eine Verschwiegenheitspflicht gibt. Es hat vor allen Dingen auch den Grund einer funktionierenden öffentlichen Verwaltung. Aber natürlich kann jeder sich äußern, und zwar in den geregelten Prozessen, die es dazu gibt. Wir haben rechtsstaatliche Instrumente und die können genutzt werden. Das ist gut und richtig so. Aber das sind die Orte, wo es stattzufinden hat, weil das neutrale Orte sind und kein politisierter Raum. Wir haben im Augenblick ein laufendes Verfahren vor dem Verwaltungsgericht Minden und natürlich kann sich Staatssekretärin a.D. Professor Dr. Döring dort äußern. Das ist



selbstverständlich und sie hat sich im laufenden Verfahren auch schon umfänglich geäußert. Aber noch einmal: Das ist ein geregeltes Verfahren, ein neutraler Ort und da gehört es eben auch hin.

Frau Bünger, Sie haben meine Staatssekretärin a.D. Frau Professor Dr. Döring zitiert. Ich kenne die Zitate der letzten Tagen nicht, aber ich möchte noch einmal den Sachverhalt klarstellen und das hat auch das Verwaltungsgericht Minden in dem Eilbeschluss, den der Herr Vorsitzende zitiert hat, festgestellt: Es gab einen Prüfauftrag, der missverständlich war. Es hat nie jemand behauptet, dass es eine Intention war, insofern haben wir das auch von Anfang an geäußert und da bleibe ich auch dabei. Ich komme auf mein Eingangsstatement zurück, in dem wir klar noch einmal den Sachverhalt aufgelistet haben.

Der **Vorsitzende**: Dann kommen wir zur zweiten Berichterstattendenrunde und für die SPD befragt Marja-Liisa Völlers.

Abg. **Marja-Liisa Völlers** (SPD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Frau Ministerin, vielen Dank, dass Sie heute auch noch einmal bei uns sind und noch einmal ein wenig über den Vorgang berichten möchten. Ich habe eine kurze inhaltliche oder prozessuale Nachfrage. Wir haben in diesem Haus eine sogenannte Geheimschutzstelle und wenn ich rechtlich richtig informiert bin, kann jedes Haus Akten, Vermerke, Prozesse als beispielsweise geheim einstufen und in dieser Geheimschutzstelle den Abgeordneten des jeweiligen Fachausschusses vorlegen, ungeschwärzt, weil durch die geheime Einstufung die Abgeordneten die Informationen, die sie dort erwerben, nicht weiterverwenden dürfen in der Öffentlichkeit, ohne sich strafbar zu machen. Dies würde sicherlich den Informationsansinnen der Abgeordneten helfen können. Sie haben die Frage der Startdaten auch genannt. Meine Frage: Hat das Ministerium diesen Vorgang geprüft oder sind Fragen dergleichen schon an Sie herangetragen worden?

Der **Vorsitzende**: Dann kommen wir jetzt zur CDU/CSU-Fraktion mit Thomas Jarzombek.

Abg. **Thomas Jarzombek** (CDU/CSU): Frau Ministerin, Sie haben meine Fragen bewertet, aber nicht beantwortet. So kann eine Befragung ganz sicherlich nicht stattfinden, weil Sie auch wissen, dass es in der Wissenschaftsgemeinschaft viele

Leute gibt, die eine klare Meinung darüber haben, was bei Ihnen im Haus passiert ist. Deshalb ist das für Sie heute eine Chance zu beschreiben, was wirklich passiert ist und Ihre Reputation wieder herzustellen. Und deshalb bitte ich Sie erneut, meine Frage zu beantworten. Ich möchte konkret wissen, wie es zu dieser initialen Mail des Abteilungsleiters 4 gekommen ist und ob es davor eine Kommunikation mit Ihnen oder Ihrem Leitungsstab gab, insbesondere auch, ob Herr Abteilungsleiter Hasler im Vorfeld mit dem Abteilungsleiter 4 gesprochen hat. Und ich möchte als Zweites wissen, was nachdem das Referat 426 diese Liste bekommen hat, weiter mit der Liste passiert ist. Es gab einen Auftrag vom Abteilungsleiter 4 an den Referatsleiter. Er wird das nicht einfach beendet haben. Er muss ja eine Antwort geben an Herrn Abteilungsleiter 4 und die ist hier nicht veraktet. Das sind die beiden Dinge, die ich von Ihnen konkret wissen möchte, und weil wir jetzt schon in der zweiten Fragerunde sind, will ich auch noch einmal sagen: Wir möchten gerne verstehen, wie die Kommunikation und Governance in Ihrem Hause funktioniert. Sie haben erklärt, dass dieses System Wire, auf dem hier offensichtlich kommuniziert wird in verschiedenen Gruppen, privat sei. Dann meine nächste Frage, ob Sie dieses System Wire auf Ihrem privaten Handy verwenden oder ob Sie das auf Ihrem dienstlichen Handy verwenden. Dann ist meine nächste Frage, ob Sie in diesen Wire-Nachrichten ausschließlich über Sport und Filme geredet haben oder ob hier dienstliche Dinge zum Anlass sind. Meine nächste Frage ist, ob Sie und Ihr Haus sicherstellen, dass auch Ihre Mitarbeiter in diesem System keine Dienstgeheimnisse an den Mann bringen. Und dann möchte ich Ihnen die Frage stellen, ob es zutreffend ist, dass es neben dieser Kommunikations-Wire-Gruppe auch eine Gruppe F gibt von Personen, die offensichtlich eine FDP-Nähe haben und wo offensichtlich dienstliche Dinge besprochen werden. Und ich möchte gerne von Ihnen wissen, nach welchen Kriterien diese F-Gruppe zusammengestellt ist, weil es natürlich eine relevante Frage ist, ob es sozusagen eine Führungsstruktur gibt, jenseits des normalen Dienstwegs eines Ministeriums, in der Mitarbeiter aus verschiedensten Hierarchieebenen einen direkten und unmittelbaren Zugang zur Bundesministerin haben und andere Mitarbeiter



ohne eine FDP-Affinität diesen Zugang nicht bekommen. Wir wollen also wissen, ob es ein System Stark-Watzinger gibt in Ihrem Haus.

Der **Vorsitzende**: Dann kommen wir jetzt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und das macht Dr. Anja Reinalter.

Abg. **Dr. Anja Reinalter** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie sagen, Wissenschaftsfreiheit ist ein hohes Gut. Darum ist es entscheidend, dass Sie uns Ihr Wort geben und garantieren, dass in Bezug auf die Fördermittellaffäre nichts Weiteres veranlasst wurde, was Zweifel am Umgang mit der Wissenschaftsfreiheit im Bundesministerium für Bildung und Forschung aufkommen lassen könnte. Können Sie uns hierauf Ihr Wort geben? Ja oder nein?

Der **Vorsitzende**: Wir kommen jetzt zur FDP-Fraktion mit Ria Schröder.

Abg. **Ria Schröder** (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich möchte mich auch bei der Ministerin bedanken, dass sie heute hier im Ausschuss noch einmal Rede und Antwort steht. Sie haben uns bereits in der Vergangenheit umfangreiche Informationen zur Verfügung gestellt und ich hoffe wirklich, dass wir den Vorgang heute abschließen können. Ich möchte kurz auf das Thema von Frau Döring eingehen. Frau Bünger hat eben schon Widersprüche in den Aussagen von Frau Döring aufgezeigt und ich möchte insoweit sagen, dass es dem Schutz von Frau Döring dient, dass sie hier nicht spricht. Aber weitere Widersprüche, die dann möglicherweise beamtenrechtlich Konsequenzen für sie haben, das dient nicht ihrem Schutz. Ich möchte auch noch einmal zur Union kommen: Sie haben in den vergangenen Wochen und auch heute wieder versucht, möglichst viel Dreck zu werfen, in der Hoffnung, dass irgendetwas hängen bleibt. Ihre 100 Fragen, auf die ich jetzt komme, die basieren zum Teil auf Falschbehauptungen und sind zum Teil widersprüchlich. Die Ministerin hat gerade auch noch einmal darauf hingewiesen und dann werden Sie ausfällig. Das ist ein Verhalten, das wir von Ihnen kennen, aber heute stört es mich besonders. Sie gerieren sich wie ein Staatsanwalt, aber Sie haben keinen Wahrheitsanspruch und vermitteln hier zum wiederholten Male den Eindruck, da sei noch

irgendwie etwas, weil Sie festgestellt haben, dass mit Ihren Anfragen und Einsichten in den letzten Wochen nichts mehr zu holen ist. Sie haben die Hoffnung, dass die Öffentlichkeit trotzdem das Gefühl behält, da sei irgendwie etwas schiefgelaufen und ich finde, das schadet der Wissenschaftsfreiheit an dieser Stelle. Ich finde das unanständig und ich glaube, das sehen auch einige in Ihrer Fraktion so. Ich möchte noch einmal abschließend auf das Thema der sogenannten Fördermittellaffäre eingehen: Was versteht man eigentlich unter einer Fördermittellaffäre? Vorteilsnahme, Bestechlichkeit, Untreue, mir fallen da einige kritische Fälle aus den letzten Jahren ein. Was ist hier der Fall? Es wurde kein Geld entzogen, es wurden nicht einmal Vorkehrungen dafür getroffen. Es handelt sich lediglich darum, dass an einem Tag im Mai für wenige Stunden – offenbar aufgrund eines Missverständnisses, das sich nicht abschließend aufklären lässt – auf der Arbeitsebene der Eindruck entstanden ist, dass es einen Auftrag der Leitungsebene gibt. Dieser wurde zurückgezogen und das ist das, was in der Öffentlichkeit als Fördermittellaffäre diskutiert wird. Ich finde das maßlos überzogen und ich würde hier im Ausschuss auch viel lieber so kritisch über den Antisemitismus an den deutschen Hochschulen sprechen.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Für die AfD-Fraktion Volker Münz.

Abg. **Volker Münz** (AfD): Vielen Dank für das Wort, Herr Vorsitzender. Frau Ministerin, wie wollen Sie sicherstellen, dass jüdische Studenten und Lehrkräfte sich an deutschen Hochschulen sicher fühlen können und ohne Anfeindungen und Gewaltandrohungen und -anwendungen zu erleiden studieren, lehren und forschen können?

Der **Vorsitzende**: Wir kommen jetzt zur Gruppe Die Linke, Clara Bünger.

Abg. **Clara Bünger** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Frau Ministerin, Sie haben meine Frage nicht richtig beantwortet und ich würde deshalb noch einmal auf folgenden Sachverhalt zurückkommen: Wir haben Dokumente zugeleitet bekommen, es gab kleine Anfragen und Herr Jarzombek hat aus meiner Sicht hier ganz entscheidende Fragen gestellt, die wenn er sie nicht gestellt hätte, ich gestellt hätte. Dazu wurde



vom Bundesministerium für Bildung und Forschung signalisiert, dass aus Datenschutzgründen nicht zugesichert werden kann, Schwärzungen aufzuheben, weil der Mailverkehr Namen enthalte. Das verstehen wir natürlich und hätten trotzdem erwartet, dass zumindest die Schwärzungen an den Stellen aufgehoben werden, wo es sich unserer Meinung nach nicht um Namen handeln kann, sondern um Funktionsbezeichnungen. Das wäre aus unserer Sicht zulässig gewesen. Diese Stellen finden Sie im Grunde an allen Stellen der Mail vom 10. Mai, mit Ausnahme des letzten Absatzes, wo auf die Anrede eindeutig ein Eigenname folgen muss. Im Vermerk werden beispielsweise auf Seite 98 und 103 sogar Bezeichnungen von Referaten geschwärzt. Ich würde Sie bitten, mir die Frage zu beantworten, warum auch die Referate geschwärzt wurden. Warum heben Sie nicht zumindest diese Schwärzungen auf und sorgen damit für Klarheit in der Frage der exekutiven Befugnisketten, also in der Frage, wer hat wen und zu welchem Zeitpunkt beauftragt, was zu tun und welches Referat und Ministerium hat warum diese Entscheidung mitgetragen. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Das war die zweite Fragerunde. BSW ist weiter nicht im Raum, deshalb jetzt die Möglichkeit zur Beantwortung.

BM'in Bettina Stark-Watzinger (BMBF):

Dankeschön, Herr Vorsitzender. Gerne beantworte ich die Fragen der zweiten Runde und ich möchte zusammenfassen, was von Frau Völlers und ähnlich die Frage von Frau Bünger, mit Blick auf Unterlagen und Schwärzungen und zur Verfügung stellen, angesprochen wurde. Das eine ist, dass die Frage, was in den Unterlagen geschwärzt wird, keine politische Vorgabe ist, sondern dass das die zuständigen Referate, die in der Zentralabteilung für die Beantwortung der Anfragen zuständig sind, entscheiden. Das ist also keine politische Vorgabe. Dann war die Frage nach der Geheimschutzstelle. Es ist natürlich so, dass wir die relevanten Unterlagen zur Verfügung gestellt haben. Es gab auch Ansinnen, Personalthemen einzusehen und da muss ich jetzt als Grundsatz sagen, dass Personalfragen nicht in der Öffentlichkeit diskutiert werden sollen. Das ist die Fürsorgepflicht, die ich habe. Mit Blick auf die Frage der Unterlagen habe ich eben dargestellt, dass das eine juristische Beurteilung ist, was auch

zum Schutz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dort angepasst werden muss. Liebe Frau Reinalter, Sie haben mich hier etwas sehr Persönliches gefragt. Das hat mich auch persönlich mit angefasst und deswegen sage ich jetzt ganz klar und deutlich: Ja, ich kann Ihnen das Wort geben, weil es nie intendiert war und für uns ein Grundverständnis ist und wir alles dafür tun werden.

Herr Jarzombek, ich werde jetzt noch einmal auf mein Eingangsstatement zurückkommen. Es mag Ihnen nicht gefallen, aber die Abläufe waren, wie ich es im Eingangsstatement dargestellt habe, so, dass es zwei Stränge gibt. Einmal die von Ihnen gestellte Frage zu der Erstellung der Liste mit der Übersicht am 10. Mai: Das ist in Eigenverantwortung der Abteilung geschehen. Das habe ich auch so dargestellt, um eben auch reaktiv Antworten geben zu können. Dafür ist es erstellt worden und nicht um irgendwelche Maßnahmen zu treffen. Das vermischen Sie mit einem ganz anderen Vorgang, nämlich dem am 13. Mai 2024 von Staatssekretärin a.D. Professor Dr. Döring telefonisch gestellten breiten juristischen Prüfantrag, der missverstanden wurde. Beide Vorgänge haben nichts miteinander zu tun. Natürlich arbeiten wir in einem Ministerium zusammen. Ich möchte aber noch einmal sagen: Das ist etwas, was die Fachabteilung in ihrer Verantwortung hat und das ist nicht kritikwürdig. Wir müssen wissen, was bei uns im Hause vorgeht. Deswegen wollen Sie diese Information haben. Und deswegen stehe ich voll hinter und vor meinen Mitarbeitern in diesem Zusammenhang. Insofern vermischen Sie diese beiden Vorgänge und deswegen ist Ihre Frage hinfällig, weil es eben nicht aus der Abteilung L oder aus der Hausleitung beauftragt wurde.

Sie haben nach persönlicher Kommunikation gefragt. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, dass ich persönliche Kommunikation nicht kommentiere. Ich habe persönliche Kommunikation nur auf meinem privaten Handy und jeder Mitarbeiter und jede Mitarbeiterin kann mich übrigens anrufen und einen Termin bei mir haben. Wir haben tolle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und mir ist es egal, welches Parteibuch sie haben. Wir haben auch viele mit Ihrem Parteibuch und ich will Ihnen sagen, dass ich diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern



vertraue, weil sie Beamtinnen und Beamten und Angestellte sind, die für diese Themen brennen und ihren Job jeden Tag gut machen. Dann kamen noch die Fragen von Herrn Münz mit Blick auf die Situation an den Hochschulen und was wir machen können. Es gab auch dazu schon einige Fragen in den letzten Wochen und es ist ein Thema, das uns im Ministerium sehr umtreibt. Wir haben zusammen mit der Kultusministerkonferenz als gemeinsame Wissenschaftskonferenz einen Aktionsplan beschlossen, um jüdische Studentinnen und Studenten, aber auch Dozentinnen und Dozenten an den Hochschulen zu stärken und ich möchte noch einmal all denen in den Hochschulen danke sagen, die sich in den letzten Wochen und Monaten dafür eingesetzt haben, auch in den Hochschulleitungen, und ich stärke Ihnen ganz ausdrücklich den Rücken. Wir unterstützen, indem wir vernetzen. Wir unterstützen, indem Forschung stattfindet. Die Bundesregierung hat sich die nationale Strategie gegeben und ich halte die für sehr essenziell, weil sie die Aufarbeitung der Geschichte unseres Landes, aber auch die Sichtbarkeit des jüdischen Lebens jetzt, in den Vordergrund stellt. Wir haben in unserem Ministerium einiges an Förderlinien, sowohl betreffend die Grundlagenforschung als auch die angewandte Forschung, also die Erstellung von Materialien, wie erkenne ich Antisemitismus, was kann gemacht werden, um darüber zu informieren und ich halte das für sehr wichtig. Da gibt es eine laufende Förderlinie, wo die ersten Ergebnisse jetzt in den Transfer gehen. Die heißt „Aktuelle Dynamiken und Herausforderungen des Antisemitismus“ und sie läuft noch bis 2025. Wir hatten schon vor dem 7. Oktober zugesagt, dass wir in diesem Bereich weitere Mittel zur Verfügung stellen und eine weitere Förderrichtlinie auf den Weg bringen werden.

Wir haben sofort eine Schnellbefragung gemacht nach dem 7. Oktober, wie die antisemitischen oder eben andere rassistisch diskriminierende Einstellungen an den Hochschulen sind. Und wir werden diese Datenlage weiterentwickeln und kontinuierlich weiter daran arbeiten, damit wir ein Bild davon haben, was die Situation ist. Wir fördern seit Juni 2024 die Studie des Tikvah Instituts zum Israelbild in den deutschen Medien, was auch eine große Frage ist. Weil Sie es vorhin ansprachen: Es gibt auch eine Förderlinie

„Gesellschaftliche Ursachen und Wirkungen des radikalen Islam in Deutschland und Europa“. Auch dort wird mit Blick auf die Forschungsfragen bezüglich Antisemitismus, aber auch die Auswirkungen des 7. Oktobers, noch einmal beleuchtet. Wir unterstützen auch die Initiativen, die Studierendenorganisationen, und auch die jüdische Studierendenorganisation tätig sehr viel im Präventionsbereich, das unterstützen wir sehr gerne und werden das auch weiter tun. Wir sollten die Verantwortung aber nicht auf die Betroffenen abladen, sondern alle Verantwortung übernehmen.

Der **Vorsitzende**: Dann kommen wir jetzt zur dritten Runde. Oliver Kaczmarek für die SPD-Fraktion.

Abg. **Oliver Kaczmarek** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Frau Ministerin, ich komme jetzt noch einmal zurück auf die Vorgänge, die wir heute besprechen, weil ich natürlich das, was Sie zum Thema Antisemitismusprävention gesagt haben, vollumfänglich inhaltlich unterstütze und ich auch die Hoffnung habe, dass wir recht bald hier im Haus zu einer gemeinsamen Positionierung aus der demokratischen Mitte zu dem Thema kommen. Wo es offensichtlich kein Missverständnis gegeben hat, das ist die rechtliche Prüfung, die in Auftrag gegeben worden ist, über die Verfassungskonformität des offenen Briefes. Nun kann man zu diesem Brief stehen, wie man will. Darum geht es mir gar nicht, sondern um die Frage, dass sich daraus sozusagen alle weiteren Dinge ableiten lassen. Deswegen ist aus unserer Sicht diese Prüfung allein schon kein Beitrag zur Wissenschaftsfreiheit gewesen. Das kann man unterschiedlich betrachten, aber das ist die Sichtweise der SPD. Deswegen bin ich Ihnen dankbar, dass Sie noch einmal klargestellt haben, dass solche Vorgänge nicht regelmäßig stattfinden im Haus und dass Sie dafür auch als Bundesministerin stehen. Im Übrigen ist es nicht so, dass es die Diskussion darüber gibt, ob das ganze Haus rechtliche Überprüfungen förderrechtlicher Konsequenzen thematisiert, sondern die Diskussion ist darüber, ob das in Ihrem engeren Umfeld passiert ist. Deswegen möchte ich noch einmal die Frage nach den Wire-Chats stellen und anschließen an das, was Frau Völlers gesagt hat. Ist es aus Ihrer Sicht denkbar, unter Wahrung des Geheimschutzes den



Abgeordneten Einblick in entsprechende Passagen zu gewähren? Es geht mir nicht darum, dass man sich gegenseitig einen schönen Urlaub wünscht. Das finde ich völlig normal, dass es, wie Sie gesagt haben, einen politisch-persönlichen Raum gibt. Aber wenn es dort relevante Passagen gibt, wäre das eine Möglichkeit. Zum anderen noch einmal die Nachfrage: Sind aus Ihrer Sicht die Darstellungen, die beispielsweise im Spiegel zu diesem Chat gemacht worden sind, unwahr?

Der **Vorsitzende**: Für die CDU/CSU-Fraktion
Thomas Jarzombek.

Abg. **Thomas Jarzombek** (CDU/CSU): Ich möchte das gerne auch noch einmal einordnen. Ich glaube, dass die am 13. Mai erfolgte oder angeordnete Prüfung, ob dieser Brief juristisch zu beanstanden ist, etwas anderes ist, als förderrechtliche Konsequenzen zu überprüfen. Und die förderrechtlichen Konsequenzen ergeben sich nur dann, wenn man diese Liste mit diesen Namen der Wissenschaftler hat. Das ist der Kern des Problems und das wurde bereits drei Tage vorher, am 10.5., beauftragt. Frau Ministerin, Sie haben jetzt klar gesagt, dass es kein Auftrag der Leitungsabteilung war. Das lassen wir mal so im Raum stehen. Ich glaube, ob ein Fachabteilungsleiter von selbst auf die Idee kommt, sich hier Namenslisten geben zu lassen, mag jeder für sich selbst beantworten. Sie haben das jetzt so klar beantwortet. Ich will aber trotzdem noch einmal fragen, was aus der Liste geworden ist, die in diesem Referat angelandet ist. Denn hier gibt es keine Unterlagen, wie die Kommunikation mit dem entsprechenden Abteilungsleiter, der sie ja angefordert hat, weiterging. Dann hat Frau Döring erklärt, dass sie dieses Wire-System privat nicht nutzen würde. Das steht im Widerspruch zu dem, was Sie sagen. Insofern möchte ich noch einmal die Frage stellen, ob in diesem Wire-System dienstliche Dinge sind. Und das ist keine persönliche Kommunikation, weil es eine große Gruppe ist, und zwar mit ausschließlich dienstlichen Personen, so wie es scheint nach dem, was man im Spiegel lesen konnte. Das wäre etwas anderes, wenn Sie Ihrer Tochter eine Nachricht schreiben. Aber wenn Sie eine Gruppe haben mit vielen Leuten, die ausschließlich im Ministerium sind, dann ist das kaum als privat zu erkennen. Frau Professor Döring hat weiter bei Wiarda erklärt, sie

sei ihrer Pflicht zur ordnungsgemäßen Aktenführung nachgekommen und habe den Vorgang dokumentiert und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung alle zur Verfügung stehenden Unterlagen übergeben. Das schließt die betreffenden Wire-Chatverläufe ein. Sie haben sich entschieden, das nicht zu den Akten zu nehmen. Sie haben sich auch entschieden, das nicht auf die IFG-Anfragen herauszugeben. Das würde ich gerne begründet wissen, warum Sie diese Dinge nicht verakten, die offensichtlich eine dienstliche Relevanz haben.

Der **Vorsitzende**: Für Bündnis 90/Die Grünen, Dr. Anja Reinalter.

Abg. **Dr. Anja Reinalter** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deutschland liegt laut dem Academic Freedom Index auf Platz 1 der Wissenschaftsfreiheit. Das soll natürlich so bleiben und deswegen ist es für uns so wichtig, dass Sie uns Ihr Wort gegeben und garantiert haben, dass in Bezug auf die Fördermittellaffäre nichts Weiteres veranlasst wurde, was irgendwie Zweifel im Umgang mit der Wissenschaftsfreiheit im Bundesministerium für Bildung und Forschung aufkommen lassen könnte. Das ist die Grundlage und die Basis, mit der wir als Koalitionspartner jetzt wieder nach vorne schauen. Es gibt bildungs- und wissenschaftspolitisch noch einiges auf unserer Agenda. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Dann kommen wir jetzt zur FDP mit Stephan Seiter.

Abg. **Prof. Dr. Stephan Seiter** (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Erlauben Sie mir ein paar Anmerkungen zum Thema. Wir begrüßen es, dass Personalfragen nicht im öffentlichen Raum diskutiert werden. Das dient auch dem Schutz des oder der jeweiligen Betroffenen, dass Personalfragen nicht in der Öffentlichkeit ausgetreten werden, weil es dafür ein entsprechendes Verfahren gibt. Das ist so Usus. Es wundert mich etwas, dass hier scheinbar eine Sonderregelung für diesen Fall getroffen werden soll. Das heißt nämlich, es gibt die Fürsorgepflicht des Dienstherrn oder der Dienstherrin für die Beamten, auch die, die in den Ruhestand versetzt werden und die, die sich in einem solchen Verfahren befinden, dass sie sich nicht selbst belasten, auch wenn das die Union jetzt gerade



eben etwas anders gesehen hat. Was ich auch noch anmerken möchte: Es wurde klar und deutlich gesagt, dass wir zwei verschiedene Stränge haben. Die Ministerin hat noch einmal deutlich gemacht, dass das, was am 10.05. im Auftrag des Fachabteilungsleiters passiert ist, zu trennen ist von dem wohl missverständlich zu interpretierenden Telefonat zwischen Frau Staatssekretärin und der betreffenden Person. Lassen Sie mich noch einen anderen Punkt erwähnen. In der letzten Ausführung hatte ich zur Union aus Versehen gesagt die größte Fraktion, ich meinte natürlich die größte Oppositionsfraktion. Es ist so, dass Sie sich überlegen sollten, was Sie hier teilweise behaupten gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ministerium. Dass sie nämlich letztendlich nicht selbstständig denken können, dass sie quasi von oben extrem eng an der Kandare geführt werden und dass sie letztendlich nicht als selbstbewusste Beamte unterwegs sind, die ihre Rechten und ihre Pflichten kennen. Das ist letztendlich ein Vertrauensschaden, der daraus entstehen kann, wenn Sie unterstellen, dass scheinbar jeder im Ministerium nicht selbst denken kann, sondern nur agiert. Das ist jetzt der Eindruck, der entsteht und ich glaube, wer Beamtin oder Beamter ist, wird auch über diese Äußerungen von Ihnen vorhin nachdenken. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Für die AfD-Fraktion, Nicole Höchst.

Abg. **Nicole Höchst** (AfD): Vielen Dank. Ich für meinen Teil war ehrlich beeindruckt von dem Detailreichtum aus der zweiten Fragerunde der Fragen, die Herr Jarzombek hier vorgetragen hat. Für mein Dafürhalten klingt das ein wenig so, als hätte eine Art Whistleblower aus Ihrem Ministerium diese Art der nachgefragten Details womöglich durchgestochen. Ich war mit den Antworten darauf nicht wirklich zufrieden. Vielleicht ist das jemand in Ihrem Ministerium, der mit einem angesprochenen System Stark-Watzinger nicht einverstanden ist. Meine Frage an Sie ist: Ziehen Sie Konsequenzen aus diesen Kommunikationsfragen, die ja doch elementar sind, auch für eine Veraktung und für eine rechtliche Belastbarkeit? Oder möchten Sie weiter diese Art von Kommunikation, so sie denn stattfindet, verfolgen? Gestatten Sie mir den

Seitenhieb: Frau von der Leyen kann das ja auch mit ihrem SMS-System, ohne bisher nennenswerte Konsequenzen für sich zu verzeichnen. Vielen herzlichen Dank.

Der **Vorsitzende**: Für die Gruppe Die Linke, Clara Bünger.

Abg. **Clara Bünger** (Die Linke): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich muss sagen, Frau Ministerin, Sie haben die Fragen nicht richtig beantwortet, insbesondere nicht die Fragen von Herrn Jarzombek. Ich versuche noch einmal auf die Situation von Frau Döring zurückzukommen. Sie hat wochenlang in dem Statement an Ihnen festgehalten, Sie geschützt und plötzlich beantragt sie von ihrer Verschwiegenheitspflicht entbunden zu werden. Nach Ablehnung dieses Antrags will sie sogar vor Gericht ziehen. Warum denn jetzt? Und was ist passiert, dass Frau Döring die Situation derart neu bewertet? Das möchte ich gerne von Ihnen wissen. Zum Messenger-Dienst Wire, zur Frage der Veraktung, da haben Sie jetzt gesagt, dass es eine persönlich-politische Kommunikation gibt. Dann möchte ich von Ihnen gerne wissen: Was fällt unter diese Kategorie und was fällt nicht unter diese Kategorie? Oder ist das etwas, was man nur in diesen persönlichen Chat-Gruppen der Gruppe F im Wire-Dienst lesen kann? Danke.

Der **Vorsitzende**: Danke. Fürs Protokoll: Die Gruppe BSW ist weiter nicht anwesend. Dann kommen wir jetzt noch zu einer Frage von Stephan Albani, bitte.

Abg. **Stephan Albani** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Ich wäre sehr froh, wenn wir die Fragen, die Herr Jarzombek gestellt hat, konkret beantwortet bekommen. Punkt zwei: Ich möchte gegenüber Herrn Seiter deutlich machen, dass ich als Wissenschaftler das Haus des Bundesministeriums für Bildung und Forschung seit mittlerweile weit über 30 Jahren kenne und wir mit Sicherheit nicht einen Ansatz an Zweifel an der Integrität dieses und der Mitarbeiter und dem Engagement in diesem Hause haben werden. Woran wir aber Zweifel haben, ist an den Äußerungen der Ministerin. Ich will das hier noch einmal deutlich machen: Sie haben ein Versprechen abgegeben in die Zukunft hinein. Sie haben – für mich etwas irritierend – den Charakter von Kommunikation davon abhängig



gemacht, auf welchem Kanal er stattfindet, also Wire gleich privat. Wenn dort aber dienstliche und relevante Dinge – wie wir durch einen Whistleblower aus dem Haus und der Publikation im Spiegel vom 10.7. wissen – kommuniziert werden, dann ist das keine Behauptung, sondern ein Zitat, was ich jetzt mache, dass zum Beispiel der Kollege Philippi aus Ihrem Hause von „verwirrt Gestalten“ sprach und an dieser Stelle eine Selbstzensur durchaus sinnvoll gefunden hat, aus Angst unter Umständen im Bereich von Fördergeldern sanktioniert zu werden. Ich will Ihnen ersparen, darauf unmittelbar einzugehen, denn Sie haben gesagt, Sie kommentieren keine derartigen privaten Äußerungen. Ich kann nicht nachvollziehen, dass eine solche Kommunikation privater Natur ist, denn sie betrifft unmittelbar dienstliche Inhalte. Aber Sie haben es durch Handeln kommentiert, denn Sie haben eben diesen Herrn Philippi mit dieser Auffassung zum Staatssekretär befördert. Insofern möchte ich an dieser Stelle deutlich machen: Ich habe berechnete Zweifel, wenn Sie das vorhin als normalen Vorgang bezeichnet haben, dass das nicht doch ein Problem mit der Wissenschaftsfreiheit bedeutet. Wir haben hier eine Staatssekretärin, die in ihrem Leben über Forschungsfreiheit geforscht und publiziert hat und auf der anderen Seite einen Staatssekretär, der Selbstzensur aus Angst vor Fördergeldern durchaus als sinnvoll bezeichnet hat. Diesen Widerspruch in sich und Ihr Handeln, ihn zu befördern, hätte ich gerne erläutert.

Der **Vorsitzende**: Abschließend in dieser Runde Holger Mann für die SPD-Fraktion.

Abg. **Holger Mann** (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. Frau Ministerin, Sie haben schon ausgeführt, was eingeleitet wurde und was Ihr Haus aus Ihrer Sicht zur Aufklärung getan hat. Was glaube ich viele Beobachter verwundert, ist, warum stückchenweise Informationen rausgegeben wurden, gerade aus Sicht der Medien. Ich will deswegen noch einmal die Frage stellen. Anlass nicht nur des Treffens, beziehungsweise der Berichterstattung war ja ursächlich der Panorama-Beitrag, in dem schon im Juni veröffentlicht wurde, dass die Leitung des Ministeriums intern um eine „förderrechtliche Bewertung, inwieweit von Seiten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

gegebenenfalls förderrechtliche Konsequenzen möglich sind“, gebeten habe. Das ist durchaus eine Sachaussage, wo man eine Gegendarstellung oder eine Richtigstellung hätte einfordern können. Deswegen frage ich mich im Nachgang dieser Berichterstattung, die uns hier zum wiederholten Mal zusammenführt und wo auch mein Eindruck ist, dass wir jetzt hier wenig Neues gehört haben, hätten Sie zum einen in der Nachbetrachtung heute anders reagiert auf den offenen Brief der Lehrenden an der Humboldt Universität und zum anderen die Aufklärung der Vorgänge in den letzten Monaten auch an der einen oder anderen Stelle anders vorgenommen, als das passiert ist.

Der **Vorsitzende**: Zur Beantwortung jetzt Frau Bundesministerin Stark-Watzinger.

BM'in Bettina Stark-Watzinger (BMBF): Ganz herzlichen Dank. Ich möchte anfangen mit dem, was Herr Albani und Herr Jarzombek gerade eben thematisiert haben. Kommunikation findet auf verschiedenen Wegen statt. Man trifft sich, man schreibt E-Mails, aber alles, was relevant ist für die dienstlichen Zwecke, wird veraktet. Das haben wir auch zugänglich gemacht. Ich kommentiere vermeintlich stattgefundene private Nachrichten nicht. Das tue ich nicht. Und ich möchte Ihnen eines sagen, was Sie in den letzten Wochen teilweise an Unterstellungen getätigt haben! Sie haben zum Beispiel im Tagesspiegel am 20.8. dem Haus vorgeworfen: unsaubere Aktenführungen, gelöschte Chats oder Vermerke noch verändert zu haben. Das ist eine Unterstellung gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieses Hauses, die ich von mir weise. Sie zitieren Presseberichterstattung, auch Blick, Herr Jarzombek, und haben gesagt, es scheint Philippi der Initiator der förderrechtlichen Prüfung gewesen zu sein. Das stimmt nicht. Er war Abteilungsleiter 1. Er ist gegenüber Abteilungsleiter 4 damals nicht weisungsbefugt gewesen. Das ist eine Falschbehauptung. Dass Sie so etwas überhaupt in den Raum stellen, finde ich schon nicht der sachgerechten Debatte angemessen. Noch einmal: Was dienstliche Relevanz hat für die Vorgänge, wird auch veraktet. Das ist das normale Prozedere in einem Ministerium.

Dann haben Sie noch einmal nach der Aufstellung aus der Fachabteilung gefragt. Diese ist am 11.06. durch die Berichterstattung in den Fokus gerückt,



beziehungsweise ist uns dann zur Kenntnis gekommen. Das waren unabhängige Vorgänge. Und nein, es war keine Kombination mit der Frage förderrechtlicher Konsequenzen, die nie gewollt und beauftragt waren. Das war ein Missverständnis, das nach einem halben Tag ruhend gestellt wurde. Die Veraktung der dienstlichen Vorgänge findet statt. Sie haben noch einmal konkret gefragt: Was ist mit der Übersicht passiert? Das haben Sie auch in Ihrer kleinen Anfrage gefragt. Deswegen zitiere ich noch einmal die Antwort, die sich nicht geändert hat, weil es das ist, was passiert ist. Die Übersicht wurde am 5. Juni 2024 an die Aktenregistratur geschickt. Das zuständige Fachreferat hat die Übersicht veraktet. Die Aufbewahrungsfristen richten sich dann nach der jeweiligen Maßgabe. Sie hat das Referat nicht verlassen.

Jetzt gab es noch die Frage von Kollegen Kaczmarek. Das eine war die Frage förderrechtlicher Konsequenzen, das haben wir ja klargestellt. Sie haben gesagt, dass aus Ihrer Sicht die Frage der verfassungsrechtlichen Prüfung ein Problem ist. Uns ist natürlich vollkommen klar, dass das Dienstrecht für die Hochschulen bei den Ländern liegt. Insofern war das auch nie ein Auftrag im Sinne einer Konsequenz. Aber es ist auch eine öffentliche Diskussion darüber entstanden. Und die Frage, wie ist das verfassungsrechtlich einzuordnen, auch in der öffentlichen Debatte. Wenn ich mich äußere, muss ich ja auch das Fachwissen des Hauses nutzen. Insofern war es eine Klärung auch für die öffentliche Debatte. Ich habe mich klar auf Basis dieser verfassungsrechtlichen Äußerung öffentlich geäußert, von der Meinungsfreiheit gedeckt. Insofern war das eine informatorische Frage. Ich wiederhole noch einmal: Persönliche, vermeintlich stattgefunden Kommunikation, womöglich noch aus irgendeinem Zusammenhang gerissen, kommentiere ich nicht.

Dann haben wir noch die Frage gehabt mit Blick auf Frau Staatssekretärin a.D. Döring und warum sie sich jetzt rechtlich vor Gericht vertreten lässt. Ich habe es schon einmal gesagt. Es ist das gute Recht jedes Beamten und jeder Beamtin, auch diese Rechtswege zu suchen. Wir haben den Vorgang, und das hat das Verwaltungsgericht in Minden auch in diesem ersten Beschluss festgestellt. Das ist nur ein Eilverfahren, das

Hauptverfahren wird noch stattfinden und dementsprechend hat man auch den Respekt zu wahren. Aber das, was wir dem jetzt entnehmen, ist, dass das Gericht bestätigt hat, dass Sabine Döring für den der Prüfung zugrunde liegenden Prüfauftrag, der missverständlich war, verantwortlich ist. Dieser wurde vom zuständigen Abteilungsleiter missverständlich interpretiert. Dass das jetzt eine Diskussion ist, die davon geht, das kann ich nicht beurteilen. Ich kann nur das beurteilen, was wir in den IFG-Unterlagen zur Verfügung gestellt haben und das, was das Gericht festgestellt hat.

Frau Höchst, ich wiederhole noch einmal: Wir haben bei uns im Haus einen sehr offenen Führungsstil. Ich freue mich, die Hausbesprechung mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu machen und insofern hat jeder Mitarbeiter und jede Mitarbeiterin Zugang. Und ich freue mich auch über die klare fachliche und auch die Meinungsäußerung, dass wir im Ministerium dann den Willensbildungsprozess haben, wie die Umsetzung des Koalitionsvertrages dann konkret auszusehen hat.

Holger Mann hatte mich noch einmal gefragt. Wir haben, nachdem am 11.6. die Panorama-Berichterstattung war, zügig die Aufklärung betrieben. Wir haben einige Tage dafür gebraucht, aber mir war es wichtig, dass wir die Unterlagen dann auch so zusammengestellt haben, weil das verschiedene Referate sind, verschiedene Bereiche, dass wir die Unterlagen dann so haben, dass wir eine ordentliche Auskunft geben können. Wir haben diese Auskunft dann relativ zügig gegeben, die IFG-Fristen eingehalten und am 16. auch eine Stellungnahme veröffentlicht. Insofern ist es uns ein Anliegen gewesen, zwar gründlich, aber auch möglichst zügig zu informieren. Wir haben in dieser ersten Anfrage, in diesem ersten Aufklärungsprozess, schon die für diesen Vorgang relevanten Themen zusammengestellt. Insofern ist natürlich jetzt eine Debatte, weil es ein komplexer Vorgang ist. Wir haben heute wieder gemerkt, dass viele Dinge durcheinandergeworfen werden. Deswegen noch einmal: Für uns ist es immens wichtig, hier diese verschiedenen Themen, die in der öffentlichen Diskussion stehen, klar darzustellen. Denn eins ist sicher: Wir haben viele Herausforderungen und darauf wollen wir jetzt die volle Kraft setzen.



Der **Vorsitzende**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe jetzt noch drei Wortmeldungen, damit würden wir jetzt eine vierte Runde starten. Wenn es weitere Wortmeldungen gibt, wie eingangs darauf hingewiesen, können wir bis maximal 9.45 Uhr tagen. Thomas Jarzombek für die CDU/CSU-Fraktion.

Abg. **Thomas Jarzombek** (CDU/CSU): Frau Ministerin, ich will einmal ausdrücklich sagen, dass die Vermischung von Vorgängen ganz gezielt am Ende Ihres Vortrag immer wieder benannt wurde. Uns interessiert nach wie vor der Vorgang, wie diese Liste zustande gekommen ist. Sie haben vorhin und auch schriftlich erklärt, dass am 13.05. nach diesem missverständlichen Telefonat von Frau Professor Döring mit dem Abteilungsleiter 4, dass daraufhin diese Prüfung ruhend gestellt wurde. Dann haben Sie uns unterstellt, wir würden Dinge vermischen. Tatsächlich kam aber sowohl die Initiative, diese Liste mit den missliebigen Wissenschaftlern zu erstellen, wie auch der Auftrag von Frau Professor Döring, bei derselben Person an, nämlich bei dem Abteilungsleiter 4. Und Sie haben nach Ihren Aussagen am 13.05. diesen Auftrag bei Abteilungsleiter 4 ruhend gestellt, der aber – wie ich eingangs sehr genau dokumentiert habe – bis zum 15.05. weiterhin darauf insistiert hat, dass diese Liste erstellt wird. Das verstehe ich nicht. Das haben Sie heute auch in keiner Weise erklärt. Da sind Dinge passiert, die Sie uns offenkundig heute nicht erklären wollen. Als Zweites ist es so, dass bevor diese Dinge stattgefunden haben, drei Tage vor diesem ersten Telefonat von Frau Professor Döring, der Abteilungsleiter 4 diese Liste in Auftrag gegeben hat mit förderrechtlichen Konsequenzen. Sie haben gesagt, es gab keine Weisung. Das kann man glauben oder man kann es nicht glauben. Herr Albani hat Ihnen vorgetragen, dieser im Spiegel veröffentlichte Wire-Chat von Herrn inzwischen Staatssekretär Philippi, wo er explizit sagt, dass förderrechtliche Konsequenzen zu einer Selbstzensur führen. In diesem gesamten Kontext ist es relativ klar, wie auch der Sound und das Gefühl aus der Hausleitung gekommen ist, was am Ende auf den Abteilungsleiter 4, seinen Referatsleiter und diesem Projektträger am Ende gekommen ist. Sie haben meine Frage weiterhin nicht beantwortet, was mit dieser Liste genau passiert ist in der Kommunikation zwischen dem Referatsleiter und

dem Abteilungsleiter. Denn der Abteilungsleiter hat sie beim Referat angefordert und Sie sagen immer, hier werden alle Vorgänge veraktet, das ist in dieser Akte nicht einsehbar. Es muss ja eine Reaktion gegeben haben, denn nachdem der Abteilungsleiter mehrfach insistiert hat wegen der Liste, wird er sie nicht einfach vergessen haben. Insofern hat es im Zweifelsfall einen Wire-Chat, ein Telefonat, was auch immer gegeben, das würden wir gerne wissen. Wir werden es wahrscheinlich heute nicht erfahren und deshalb ist die Aktenführung, die Sie hier betreiben, schwierig. Das liegt nicht an den Mitarbeitern des Hauses, sondern das liegt ganz gezielt an dem, was aus der Leitung offensichtlich vorgegeben worden ist. Und wenn Sie per se dieses System Wire als privat klassifizieren, obwohl offenkundig laut dem Spiegelbericht nur Mitarbeiter des Hauses daran teilgenommen haben und man auch sieht, dass dienstliche Dinge drin sind und Sie kein Beispiel dafür haben, dass es irgendwo etwas aus Wire gibt, was veraktet worden ist, dann ist unser Zweifel an der Korrektheit der Aktenführung nicht unangemessen.

Der **Vorsitzende**: Ein kurzer Regiehinweis. Es war nicht klar, ob es eine vierte Fragerunde gibt. Mein Hinweis gerade, dass ich noch drei weitere Wortmeldungen habe, hat jetzt weitere Wortmeldungen zur Folge gehabt. Ich würde es jetzt so machen, dass ich die in der Reihenfolge der Meldungen drannehme, weil das sonst einfach zu viel Aufwand ist. Deshalb Stephan Albani von der CDU/CSU-Fraktion als nächster.

Abg. **Stephan Albani** (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Frau Ministerin, es tut mir leid, ich kann es Ihnen nicht ersparen. Ich hatte Ihnen eben die Frage gestellt, wie Sie das Versprechen gegenüber Frau Reinalter, dass in der Zukunft Wissenschaftsfreiheit in Ihrem Hause als hohes Gut weiterhin geschützt ist, vereinbaren mit der Beförderung von Herrn Philippi, der an dieser Stelle gesagt hat, dass Selbstzensur vor dem Hintergrund förderrechtlicher Konsequenzen zumindest wünschenswert, wenn nicht sogar entsprechende Grundlage des Handelns sein sollte. Also an dieser Stelle diesen Kommentar, nicht den Kommentar dessen, was Herr Philippi gesagt hat, das möchte ich gar nicht, aber die Tatsache, dass Sie ihn befördert haben, vor dem Hintergrund dessen, dass Sie diese Kenntnis



haben. Das ist das eine. Das Zweite ist, dass ich formal inhaltlich ein bisschen Ahnung von Beamtentum habe, dergleichen kann auch bei uns vorausgesetzt werden, auch wenn wir das an dieser Stelle hier und da hinterfragen. Sie haben vorhin gesagt, der Abteilungsleiter hätte den Vorgang der Staatssekretärin ruhend gestellt. Ein Abteilungsleiter kann einen Vorgang eines Staatssekretärs nicht ruhig stellen. Das kann nur ein Staatssekretär oder die entsprechende Übergeordnete. Also insofern: Wie kann so etwas geschehen? Denn das hat nichts mit selbstständigem Denken und eigenständigem Handeln zu tun. Sie haben vorhin die ordnungsgemäße Handlungsfähigkeit von Ministerialverwaltung in den Vordergrund gestellt. „Ober sticht Unter“ wurde es hier eben etwas umgangssprachlich genannt, was so in dieser Form nicht stattfinden konnte. Insofern hätte ich dazu gerne auch Ihre Antwort. Als Letztes: Frau Staatssekretärin Döring a.D. hat – und das ist ein normaler Vorgang – sachdienliche und letzten Endes auch dienstliche Informationen aus der Wire-Kommunikation dokumentiert. Nach ihrer eigenen Aussage hat sie diese den Akten zuführen wollen. Dieses, wie Sie vorhin richtig gesagt haben, ist nicht geschehen. Jetzt noch einmal meine Frage, um es ganz einfach zu machen. Hat diese stattgefunden? Hat dort eine Dokumentation von Frau Döring im Nachgang stattgefunden, die Sie zu den Akten geben wollen? Ja oder nein? Wurden diese Vermerke zu den Akten aufgenommen? Ja oder nein? Und wenn sie aufgenommen wurden, warum befinden sie sich nicht in den Unterlagen, die uns jetzt zu diesem Anlass in der letzten Woche am Mittwoch übergeben worden sind? Und als allerletztes: Wer hat die Entscheidung getroffen, dass dieses nicht aufgenommen wird? Denn dass es sich fraglos um dienstliche Informationen handelt, ist glaube ich auch von Ihnen vorhin nicht bezweifelt worden.

Der **Vorsitzende**: Dr. Inge Gräßle für die CDU/CSU-Fraktion.

Abg. **Dr. Ingeborg Gräßle** (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Frau Ministerin, ich habe mich in dieser Frage noch nie zu Wort gemeldet, bin hier staunende Zuhörerin. Und natürlich wäre diese Sitzung längst schon aus, wenn Sie die Fragen beantworten würden. Die für mich nach wie vor offene Frage ist: Wer hat denn

den Prüfauftrag jetzt erteilt? In Ihrer ursprünglichen Presseerklärung zur Versetzung in den einstweiligen Ruhestand stand drin, dass es die Frau Professor Döring war, aber inzwischen ist klar, auch durch die Verhandlung am Verwaltungsgericht, dass es so nicht war. Wer war es denn? Diese Frage hat Frau Büning gestellt, Herr Jarzombek hat sie gestellt, ich stelle sie jetzt noch einmal: Wer war es denn? Und dann muss ich schon sagen, die Nummer mit dem Ehrenwort ist natürlich eine steile Nummer. Ich kann nur sagen: Was machen Sie denn, wenn Sie gerichtlich gezwungen werden, die Wire-Kommunikation wirklich herauszurücken und zu den Akten zu nehmen und uns dann auch zu geben – da bleibt Ihnen nur noch der Rücktritt. Danke für die Antwort.

Der **Vorsitzende**: Für die FDP-Fraktion, Stephan Seiter.

Abg. **Prof. Dr. Stephan Seiter** (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Eine Anmerkung zum Kollegen Albani: Es ist im Endeffekt das, was jetzt eure Fraktion oder die Gruppe hier gemacht hat, ist genau das Beispiel, dass Kommunikation missverständlich sein kann. Dass sie nämlich mit einer bestimmten Absicht gesendet wird und beim Empfänger auf eine bestimmte Art und Weise ankommt und es muss nicht beides das Gleiche sein. Und die Themen, die ihr angeführt habt, die sind durchaus geeignet dazu, dass der Eindruck entsteht, dass die Integrität, der Fleiß etc. der Mitarbeitenden im Hause zumindest hinterfragt wird und infrage gestellt wird. Für mich geht es jetzt darum zu sehen, dass es letztendlich eine Botschaft gibt, die ausgegeben wird, die dann beim Empfänger interpretiert wird und genau so etwas ist auch bei diesem Missverständnis voraussichtlich passiert. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Für die SPD-Fraktion Marja-Liisa Völlers.

Abg. **Marja Liisa Völlers** (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. Frau Ministerin, Sie haben meine Frage von vorhin, warum Sie nicht die ungeschwärzten Akten in die Geheimschutzstelle legen und den zuständigen Abgeordneten dieses Ausschusses dort vollumfänglich zur Verfügung stellen, leider nicht beantwortet. Der Kollege Seiter hat es gesagt, das wäre dann öffentlich und personenbezogen. Geheimschutz in diesem Haus



ist durchaus eine relevante Sache und ich weiß nicht, ob jemand von Ihnen da schon mal war, das hat mit Öffentlichkeit rein gar nichts zu tun. Daher bitte meine Frage auch im Sinne der Transparenz: Warum entschwärzen Sie das nicht und legen es für die ordentlichen Mitglieder in die Geheimschutzstelle, damit wir uns transparent informieren können?

Der **Vorsitzende**: Für die AfD-Fraktion, Nicole Höchst.

Abg. **Nicole Höchst** (AfD): Vielen Dank. Frau Ministerin, Sie können an den Fragen und vor allen Dingen an den Nachfragen erkennen, dass das Vertrauen in Ihre Amtsführung empfindlich gestört ist. Das müssen wir gemeinsam so festhalten und wir müssen auch festhalten, dass sich die Zufriedenheit – wir haben es gerade eben auch noch mal von der Frau Völlers gehört, zuvor aus der CDU von mehreren Abgeordneten – mit Ihren teils sehr ausflüchtenden Antworten hält sich stark in Grenzen. Ich denke, wir sind uns hier über die Fraktionen einig, dass es Ihnen nicht gut gelungen ist, das Vertrauen wieder herzustellen. In diesem Zusammenhang möchte ich Ihr gegebenes Ehrenwort nicht bewerten. Besonders beeindruckend finde ich aber wirklich, was Sie bislang nicht gesagt haben. Ich möchte Sie noch einmal eindrücklich bitten, die Fragen aus der CDU und auch die Frage von Frau Völlers konkret zu beantworten. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Abschließend Clara Bünger für die Gruppe Die Linke.

Abg. **Clara Bünger** (Die Linke): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Auch ich muss festhalten, dass ich nach dieser Sitzung und nachdem Sie die Fragen nicht beantwortet haben, nicht schlauer geworden bin. Die aufgeworfenen Fragen in Bezug auf die Wire-Kommunikation möchte ich Sie bitten noch zu beantworten. Hätten Sie die rausgegeben, dann müssten wir jetzt hier nicht weiter sitzen. Das Angebot mit der Geheimhaltung sollte meines Erachtens auf jeden Fall stattfinden und ich würde Sie bitten, dazu Stellung zu beziehen. Des Weiteren finde ich es bezeichnend, dass die Ministerin für Wissenschaftsfreiheit hier keinen Beitrag zur Transparenz leistet. Das möchte ich noch einmal festhalten, dass das ein großes Problem ist und dass das auch in Bezug auf den weiteren Vorgang der Frage, wie geht es weiter in

der Fördergeldmittellaffaire, dass diese Sitzung hier keinen Beitrag dazu geleistet hat, dass das für Sie in eine gute Richtung gehen kann. Deshalb möchte ich Sie noch einmal bitten, dass Sie uns mitteilen, was politisch-persönliche Kommunikation ist. Das hatte ich Sie gefragt und wo da die Grenzen liegen und auch die Frage, was müsste denn veraktet werden und was müsste nicht veraktet werden, weil Sie gesagt haben, private Informationen müssten nicht veraktet werden.

Der **Vorsitzende**: Wir kommen zur Beantwortung und noch einmal der Hinweis, dass das Bündnis Sarah Wagenknecht weiter fehlt. Frau Stark-Watzinger, bitte Ihre Antwort.

BM'in Bettina Stark-Watzinger (BMBF): Ganz herzlichen Dank, liebe Frau Bünger. Jeder Amtsträger hat auch das Recht auf private Kommunikation. Sollte sich daraus etwas dienstlich ableiten, dann wird das veraktet. Veraktet wird, was entscheidungsrelevant in einem Ministerium ist. Und genauso handeln wir. Kommunikation findet auf verschiedenen Wegen statt, manchmal sogar in einer Kaffeeküche. Aber das Relevante wird verschriftlicht und veraktet. So viel zu Ihrer Frage.

Mit Blick auf Herrn Albani. Der Abteilungsleiter hat den Vorgang ruhend gestellt, weil er im Austausch mit der Staatssekretärin Döring war. Das ist in den Vorgängen alles dargelegt worden. Wir erwarten von unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dass sie auch mitdenken und mit agieren. Insofern ist es natürlich in Ordnung, wenn ein Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin mich anspricht und sagt, das ist ein Vorgang, wo man noch Fragen hat, um dann gemeinsam die Entscheidung zu treffen, wie es final geklärt werden muss. Und jetzt möchte ich noch einmal etwas sagen. Frau Gräßle, Sie haben auch noch einmal nach den Vorgängen gefragt. Und ich wiederhole noch einmal, weil ich genau das in meinem Eingangsstatement aufgezeigt habe. Sie haben mich gefragt: Wer hat denn jetzt welchen Auftrag gestellt? Ich weise noch einmal darauf hin, das Verwaltungsgericht Minden hat das, was wir auch dargelegt haben und was auch Inhalt der Pressemitteilung war, so bestätigt. Und ich wiederhole aus meinem Eingangsstatement: Am 13. Mai hat Staatssekretärin a.D. Professor Dr. Döring telefonisch eine breite juristische Prüfung



eines offenen Briefes zu den Vorfällen an der Freien Universität beauftragt. Dieser Vorgang, dieser Auftrag, wurde von der zuständigen Fachabteilung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung so verstanden, dass sowohl eine rechtliche Prüfung als auch eine Prüfung möglicher förderrechtlicher Konsequenzen durchgeführt werden sollte. Aber Frau Professor Dr. Döring hat dann auch in ihrer Mail am 14. Juni 2024 an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darauf hingewiesen, dass die Prüfung möglicher förderrechtlicher Konsequenzen von ihr nicht beabsichtigt war. Das ist die Beantwortung Ihrer ersten Frage. Und davon losgelöst, Herr Jarzombek, ich sage es noch einmal, gab es einen anderen Vorgang, und zwar die Frage der Erstellung einer Übersicht von Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern des offenen Briefes, die zugleich vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert werden. Und ich sage es noch einmal, wie ich es auch im Eingangsstatement schon vorgetragen habe. Um auf mögliche Nachfragen vorbereitet zu sein, hat davon unabhängig der Leiter der zuständigen Fachabteilung 4 am 10. Mai 2024 innerhalb seiner Abteilung um eine Übersicht gebeten. Das war eine informative Vorlage. Sie ist natürlich auch in der Abteilung geblieben. Sie haben noch einmal die konkrete Frage gestellt: Wo ist sie denn dann verblieben? Auch das habe ich schon im Eingangsstatement gesagt: Diese Übersicht verblieb allein beim zuständigen Bearbeiter.

Jetzt wurde noch einmal die Frage nach den Unterlagen gestellt. Ich habe gesagt, wir müssen bitte unterscheiden zwischen dem Vorgang, den ich gerade dargestellt habe, und anderen Themen, für die, wie ich finde, der richtige Ort vor dem Verwaltungsgericht ist, weil da der neutrale und nicht politisierte Raum ist. Darüber haben wir schon gesprochen bei der Frage der Schweigepflicht. Jetzt haben Sie mich gefragt, die Unterlagen ungeschwärzt zur Verfügung zu stellen. Ich möchte festhalten: Wir haben eine Geschäftsordnung, die ganz klar den Rahmen und die Rahmenbedingungen setzt und in dieser Geschäftsordnung ist festgelegt, dass es eine generelle Akteneinsicht des Ausschusses nicht gibt. Wir haben dennoch die Unterlagen zur Verfügung gestellt. Und noch einmal: Was geschwärzt wird oder nicht geschwärzt wird, das

ist eine juristische Beurteilung, die von den Fachleuten zu treffen und nicht politisiert ist. Der Abteilungsleiter hat die Anfrage vorübergehend ruhend gestellt. Das heißt, das kann er als Abteilungsleiter tun und Staatssekretärin Döring hat in den Tagen danach auch die Klarstellung und damit auch die Aufhebung des Prüfauftrages bewirkt.

Der **Vorsitzende**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben noch sechs Minuten und noch drei Wortmeldungen aus der CDU/CSU-Fraktion. Wenn die Kollegen jeweils maximal eine Minute fragen, bestünde auch noch die Möglichkeit zur Antwort durch Frau Ministerin. Wenn wir so verfahren können, wäre ich froh. Stephan Albani zuerst.

Abg. **Stephan Albani** (CDU/CSU): Trotz allem, in aller Kürze, wir schätzen und ich seit 30 Jahren das Bundesministerium für Bildung und Forschung und seine Mitarbeiter. Hier geht es um die Arbeit von ungefähr einer Handvoll von Mitarbeitern in der Leitungsstruktur. Zweitens: Frau Ministerin, Sie haben zu meiner Frage nach der Bewertung der Beförderung im Hinblick auf das Versprechen immer noch nichts gesagt. Ich möchte es noch einmal sagen: Sie sollen nicht die Aussage bewerten, weil, Sie haben gesagt, es ist eine private Aussage, dass Herr Philippi gesagt hat, dass an dieser Stelle „verwirrte Gestalten“ vielleicht entsprechend diszipliniert werden sollen. Ich möchte nur, dass Sie bewerten, vor dem Hintergrund des Versprechens in die Zukunft hinein, wie eine solche Beförderung zu werten ist. Das Letzte ist die Mail, die Frau Professor Döring geschrieben hat: Wie ist diese entstanden? Wer hat an ihr mitgewirkt? Denn es wurde an dieser Stelle deutlich gemacht, dass Frau Professor Döring mindestens flankiert worden ist und vor dem Hintergrund des Gerichtsspruchs aus Minden auch gesagt worden ist, dass sie nicht beteiligt gewesen ist. Drei Fragen.

Abg. **Thomas Jarzombek** (CDU/CSU): Frau Ministerin, nach einer langen Befragungszeit hier haben Sie sich am Ende darauf zurückgezogen, immer wieder Dinge zu wiederholen. Ich will einfach mal sagen: Sie haben mit Herrn Philippi jemanden zum Staatssekretär berufen, der offenkundig die Schere im Kopf bei Wissenschaftlern als ein sympathisches Modell sieht. Sie haben in den Akten keine Einträge, wie



am 10.05. die Erstellung dieser Liste beauftragt wurde. Es gibt auch keine Unterlage, die uns vorliegt, was am Ende in der Kommunikation zwischen diesem Referat und dem Abteilungsleiter passiert ist. Danach habe ich mehrfach gefragt und keine Antwort bekommen. Sie haben keine Antwort auf die Frage gegeben, ob es diese F-Gruppe unter Wire gibt. Sie haben nicht beantwortet, wie sich diese Gruppen zusammensetzen. Sie haben gesagt, es würden alle relevanten Vorgänge veraktet. Sie haben keinen Vorgang nennen können aus Wire, der veraktet worden ist und es handelt sich offensichtlich um dienstliche Dinge. Deshalb fehlen Sachen und ich glaube, die Öffentlichkeit hat einen klaren Eindruck davon, was in Ihrem Haus passiert ist. Sie haben mit Frau Professor Döring eine Schuldige gesucht und gefunden, um von den wahren Vorgängen in Ihrem Hause abzulenken. Es ist Ihre Chance, sich zu entlasten. Ich glaube, die Wissenschafts-Community hat ein klares Bild, welcher Geist in Ihrem Hause herrscht und was Sie auch persönlich dazu beigetragen haben.

Abg. Dr. Ingeborg Gräßle (CDU/CSU): Im Lichte der ganzen Geschichte ist es immer noch unklar, wer den Prüfauftrag erteilt hat. Aber ich möchte, wie Kollege Albani auch schon, die Mail am 14.06. von Frau Staatssekretärin Döring noch einmal ansprechen. Haben Sie Frau Döring angewiesen, diese Mail an die Mitarbeiter zu schicken? Erste Frage. Zweite Frage: Haben Sie oder der Leiter der Unterabteilung Kommunikation den genauen Text der Mail vorgegeben? Danke für die Antwort.

Der Vorsitzende: Zur letzten Beantwortung, Frau Ministerin.

BM'in Bettina Stark-Watzinger (BMBF): Ganz herzlichen Dank. Ich fange an mit dem, was Herr Albani gesagt hat. Sie haben gesagt, eine Handvoll Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in meinem Haus. Das ist Ihre Aussage, aber mit Ihrer Aussage unterstellen Sie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dass sie nicht sach- und ordnungsgerecht und an der Sache orientiert wären. Wenn Sie diese Äußerung so tätigen, ist das eine Unterstellung für meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die weise ich ganz klar von mir. Mir ist egal, welches Parteibuch. Wir haben sicher viele Farben in unserem Haus und das ist richtig. Ich finde gut, wenn Menschen sich

politisch engagieren, aber natürlich machen sie im Ministerium ihre Arbeit. Herr Staatssekretär Philippi ist ein ausgewiesener Fachmann. Er hat in einem Kultusministerium gearbeitet. Er hat lange im Bundesministerium für Bildung und Forschung gearbeitet. Wir haben viele Themen vor uns, die auch gerade mit Blick auf Verhandlungen DigitalPakt und ähnliches vor uns liegen und sein Fachwissen und seine Integrität zweifle ich in keiner Weise an. Herr Jarzombek, dann haben Sie gesagt, ich würde Dinge wiederholen. Weil sich eben kein neuer Sachverhalt aufgetan hat. Wir haben viele IFG-Anfragen, wir haben viele Presseanfragen und die Sachlage ist genau die, wie ich sie eingangs dargestellt habe. Ich muss ganz ehrlich sagen: Bevor Sie Dinge in den Raum werfen und unterstellen, bitte beweisen sie die und machen sie nicht immer Andeutungen, weil das natürlich etwas ist, was kein Diskurs ist. Sie stellen Behauptungen in den Raum. Und das Letzte, was ja auch noch gefragt wurde von Herrn Albani und Frau Gräßle, der Prüfauftrag. Es gab per se, weil es ein Missverständnis war, keinen Prüfauftrag förderrechtlicher Konsequenzen, außer diesen halben Tag, der auf diesem Missverständnis beruhte, wie wir ja dargelegt haben. Ich kann es aber gerne noch einmal vorlesen, wann ein Auftrag erfolgt ist und dann auch die Klarstellung, dass er missverständlich war. Und jetzt noch einmal zu der Frage der Mail. Das hat eigentlich mit dem ursprünglichen Sachverhalt, den wir hier zu klären hatten, nämlich ob es so etwas wie einen Prüfauftrag förderrechtlicher Konsequenzen bei uns im Haus gegeben hat, schon nichts mehr zu tun. Damit aber keine falschen Dinge hier im Raum stehen bleiben, werde ich mich dazu äußern. Mir und allen in der Hausleitung war es in dieser Woche des Panoramaberichts wichtig, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei uns im Haus zu informieren. Die wollen informiert sein. Als Ministerin, und alle in der Hausleitung, haben wir die Verantwortung gegenüber unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Deswegen ist die Information in das Haus ergangen. Und das Gericht hat auch festgestellt, in diesem Eilverfahren vom 6. September, dass Frau Staatssekretärin Döring a.D. gestaltenden Einfluss darüber hatte, die E-Mail in der besagten Fassung zu versenden bzw. versenden zu lassen. Alle anderen Spekulationen weise ich von mir.



Der **Vorsitzende**: Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Frau Ministerin, sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Gäste, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer,
ich schließe hiermit die Sondersitzung des
Ausschusses und wünsche uns allen eine gute
Feierstunde zu 75 Jahren Deutscher Bundestag.

Schluss der Sitzung: 09:47 Uhr

Kai Gehring, MdB
Vorsitzender